

Austr.

3142



Austr.

3172

Mittag











**BEITRÄGE**  
ZUR  
**GESCHICHTE OESTREICHS**  
WÄHREND DER ERSTEN JAHRE DES DREISSIG-  
JÄHRIGEN KRIEGES.

---

**Inaugural-Dissertation**  
**zur Erlangung der Doctorwürde**  
bei  
**der philosophischen Facultät**  
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn  
vorgelegt und mit den beigefügten Thesen vertheidigt  
am 14. März 1882, 12 Uhr,  
von  
**E. Mittag**  
aus Ummendorf (Reg.-Bez. Magdeburg).

---

**B o n n ,**  
Universitäts-Buchdruckerei von Carl Georgi.  
1882.

A







Meinen lieben Eltern.



I have been thinking of you very much lately, and wondering how you are getting on. I hope you are well and happy. I have been very busy lately, but I always find time to think of my friends. I hope to hear from you soon.

I am sure you are doing well. I hope to see you soon. I have been very busy lately, but I always find time to think of my friends. I hope to hear from you soon.

I have been thinking of you very much lately, and wondering how you are getting on. I hope you are well and happy. I have been very busy lately, but I always find time to think of my friends. I hope to hear from you soon.



Vorliegende Arbeit will nicht eine alle Verhältnisse des Erzherzogthums Oestreich umfassende Geschichte während der ersten Zeit des dreissigjährigen Krieges geben, sondern nur Beiträge zu dieser Geschichte. Der erste Beitrag sucht die Gründe zu ermitteln, welche die protestantischen österreichischen Stände zur Unzufriedenheit mit der Regierung des Kaisers Matthias und endlich zum Aufstand gegen Ferdinand II. veranlassten. Die zweite Untersuchung beschäftigt sich mit den Aufzeichnungen Tschernembls, des vornehmsten Parteiführers unter den protestantischen oberösterreichischen Ständen. Sie soll Zeit, Anlass und historischen Werth derselben feststellen.

---

## **I. Die Rechte und die Beschwerden der evangelischen Stände des Erzherzogthums Oestreich bei Ausbruch des dreissigjährigen Krieges.**

### **§. 1. Die Rechte der protestantischen Stände.**

Die Urkunden der Rechte der protestantischen Stände in den Erzherzogthümern Oestreich unter und ob der Ens sind die Religionsassecuracion des Kaisers Maximilian II. von 1571 und die Resolution des Königs Matthias vom 19. März 1609.

Die erstere <sup>1)</sup> gewährt den Herren und Rittern das Recht der protestantischen Religionsübung zugleich mit einer wahren

---

1) Raupach: Evangel. Oestreich, d. i. Histor. Nachrichten S. 125—128.



Kirchenhoheit. Das Gebiet, in welchem, und die Personen, für welche die Religionsübung angestellt werden darf, wird bezeichnet mit den Worten: „auf und in allen ihren Schlössern, Häusern und Gütern für sich selbst, ihr Gesinde und ihre Zugehörigen, auf dem Lande aber und bei ihren zugehörigen Kirchen zugleich auch für ihre Unterthanen.“ Die Vieldeutigkeit dieser Worte bot den Anhalt erst für manche Usurpationen des protestantischen Adels, alsdann für die Eingriffe der katholischen Gegenreformation in die kirchlichen Errungenschaften desselben. Diese doppelte Bewegung und die mit ihr verbundenen Kämpfe fanden einen vorläufigen Abschluss in der zweiten vorher genannten Urkunde<sup>1)</sup>, deren Bestimmungen sich unter dem dreifachen Gesichtspunkt: als Erläuterungen der Assecuration, als Erweiterungen derselben und als Zugeständnisse über Justiz und Regierung, welche mit den kirchlichen Gegensätzen in Beziehung standen, zusammenfassen lassen.

Betrachten wir zuerst (1.) die Erläuterungen.

a) Es war Streit entstanden, ob unter den Worten „in allen ihren Schlössern, Häusern und Gütern“ auch diejenigen Häuser der Adligen befasst waren, welche sie nicht persönlich bewohnten, ferner, ob unter den „Zugehörigen“, welche den Schlossgottesdienst besuchen durften, nur Familienmitglieder und Gesinde des Herrn zu verstehen seien, und zwar so, dass derselbe jeden Anderen abzuweisen verpflichtet sei, endlich darüber, ob die Unterthanen protestantischer Adliger in jedem Fall sich zum protestantischen Gottesdienst, besonders also auch zu dem Schlossgottesdienst halten durften, oder nur dann, wenn sie einer Kirche eingepfarrt waren, über welche ihr Herr das Patronat besass, und an der er in Folge dessen einen Pfarrer seines Bekenntnisses ernannt hatte. Die Resolution entscheidet die erste Frage zu Gunsten der weiteren, protestantischen Auslegung. In der zweiten verfügt sie, dass zur Theilnahme am Schlossgottesdienst des protestantischen

---

1) Raupach: a. a. O. Beilage 9.



Herrn berechtigt sind: dessen Hausgenossen, dessen Unterthanen ohne Rücksicht auf ihre Pfarrangehörigkeit (damit war zugleich der dritte Streitpunkt erledigt), endlich die Unterthanen anderer protestantischer Stände. Hinsichtlich der protestantischen Unterthanen aus katholischen Herrschaften befreite sie die protestantischen Herren und Ritter wenigstens von der Zumuthung, dieselben abzuweisen. Die dritte Frage wird, wie eben erwähnt, in dem den Protestanten günstigen Sinne entschieden.

Ein eigener, mit diesen Verhältnissen sich eng berührender Streit bezog sich auf den Gottesdienst in denjenigen Häusern oder auch Kirchen der Adligen, welche den Städten benachbart waren, und in denen die Religionsübung nicht so sehr für die Herrschaft, als für die aus der Stadt zuströmenden Bürger eröffnet war, z. B. in Inzersdorf bei Wien. Die Regierung Rudolfs II. hatte diesen Gottesdienst gesperrt, jetzt verlangten die Stände von Matthias die Freigabe desselben. Wie die Sache entschieden wurde, werden wir unten sehen.

Im Zusammenhang mit dem Streit über die Pfarrangehörigkeit der protestantischen Unterthanen protestantischer Herren stand noch die Frage, wie es mit den Begräbnissen der unter protestantischer Obrigkeit stehenden, aber zu katholischen Pfarrkirchen gehörenden Protestanten gehalten werden sollte. Sie wurde durch die Resolution in der Weise geregelt, dass den Unterthanen die Wahl der Begräbnisstätte freigelassen wurde. Die protestantischen Stände erhielten, da der katholische Pfarrer nicht gezwungen war, die Protestanten im Friedhof bestatten zu lassen, die Befugniss, eigene Kirchhöfe innerhalb der katholischen Pfarreien anzulegen<sup>1)</sup>. Im Anschluss hieran wurde

---

1) Die eingesessenen Protestanten blieben auch fernerhin verpflichtet, bei jedem eintretenden Todesfall die Stolgebühren zu bezahlen (Art. 7 der Resolution: „Der Begräbnissen halber, dass Sie und ihre Unterthanen damit zum höchsten graviret, sollen die catholischen Pfarrherrn mehrers nicht, dann was von Alters herkommen,



die Bestimmung eingeschaltet, dass rücksichtlich der Erbbeerbnisse das alte Herkommen in Geltung bleiben solle.

b) Eine zweite Reihe von Streitigkeiten hatte sich an die Worte „zugehörige Kirchen“ geknüpft. Nach den Entscheidungen der Regierung Rudolfs II <sup>1)</sup> waren darunter nur solche Pfarrkirchen zu verstehen, über welche die protestantischen Adligen das Patronat (die geistliche Lehenschaft) besaßen. Ausgeschlossen sollten also sein alle diejenigen Pfarrkirchen, über welche den Adligen bloss die Vogtei zustand, oder deren Patronat sie nicht rechtmässig erworben hatten, desgleichen alle Kirchen, welche keine selbständigen Pfarrkirchen waren: Filialen, Kapellen, Spitalkirchen. Indem nun die Stände sich gegen diese Beschränkungen erhoben, wich die Resolution des Matthias einer allgemeinen Entscheidung aus. Sie verordnete, dass Streitigkeiten über Patronate, über das Recht des Gottesdienstes in anderen, als den selbständigen Pfarrkirchen, endlich über die gesperrte Religionsübung in den adligen Häusern bei den Städten <sup>2)</sup> vor einem besonderen Gericht entschieden werden sollten, welches durch die Art seiner Zusammensetzung (worüber unten näher gehandelt wird)

---

wegen der Stola oder Pfarrlichen Rechten begehren, und sollen des abgelebten Befreunde, gegen Reichung jedes Orts alten gebräuchlichen Stol oder Pfarrlichen Gerechtigkeit, wann sie wollen, oder aber der Pfarr-Herr den verstorbenen in den Freythoff nicht begraben lassen wolt, anderer Orten, oder in ihre eigene Gottesacker, die ihnen zu erbauen frey stehen sollen, zu der Erden zu bestatten, frey zugelassen seyn“).

1) Khevenhüller: Annales Ferdinandeï, Bd. V, S. 2080 ff.; Raupach: Cont. III, S. 122.

2) Unter den Streitfragen dieser letzten Gruppe standen allen anderen an Wichtigkeit voran die von Inzersdorf und Hernals, weil hier die Bürger Wiens an dem prot. Gottesdienste theilzunehmen pflegten. Demgemäss setzte die Resolution ausdrücklich fest, dass das neue Gericht die Angelegenheiten jener beiden Ortschaften zuerst zu behandeln habe.



die Bürgschaften der Unparteilichkeit darbot. Dies Gericht sollte bei Streitigkeiten über Patronate die bisher nicht anerkannte<sup>1)</sup> vierzigjährige Verjährung als ausreichenden Erwerbstitel anerkennen.

2. Die zweite Klasse von Bestimmungen der Resolution enthält, wie oben erwähnt, Erweiterungen der Assecuration. Solche Erweiterungen verlangten die Stände vor allem zum Vorthail der von der katholischen Gegenreformation am meisten betroffenen Städte. Sehr bald stellte sich bei den Verhandlungen darüber ein Unterschied zwischen den ober- und den unterösterreichischen Städten heraus. Erstere hatten unter den Wirren, welche die Erhebung des Erzherzogs Matthias gegen Rudolf II. begleiteten, einen guten Theil der Kirchen und Schulen, über welche sie das Patronat oder andere Rechte hatten, wieder an sich gezogen und protestantisch eingerichtet. Letztere hatten, da ihre Magistrate meist katholisch waren, den gleichen Vorthail nicht zu erringen vermocht. Mit Rücksicht auf diese thatsächlichen Verhältnisse entschied die Resolution, dass den oberösterreichischen Städten von dem angemessenen Besitzstand in Bezug auf „Kirchen und andere Gerechtigkeiten“ dasjenige belassen werden sollte, was sie hinreichend begründen könnten. Die rechtliche Untersuchung des Erwerbs blieb einem Schiedsgericht vorbehalten, dessen Beisitzer zu gleicher Zahl (3) aus den mährischen Gesandten, welche die Rolle von Vermittlern zwischen den protestantischen Ständen und Matthias spielten, und den kaiserlichen Räthen genommen werden sollten. Zu Gunsten der ober- und unterösterreichischen

---

1) Wie sich aus der Eingabe der prot. Stände vom 14. Dec. 1608 (Raupach: Cont. III, Beilage 13) ergibt. Darin heisst es: „Sechsten, wo einer ein Kirchen von seinen Vorältern her und weit über präscribirte Zeit (von 40 Jahren) in Possession gehabt, ist er blos uff des Gegentheils fürbringen, bisweilen auch uff etliche ungefertigte Zettul, so unter der Bankh herfür geklaubt, derselben entsetzt worden.“



Städte zusammen wurde dagegen nur eine mündliche Erklärung des Matthias an die mährischen Gesandten erlangt. Sie enthielt die Zusicherung, dass Matthias die Städte „in keiner Sachen wider Billigkeit beschweren“ wolle. Diese Zusicherung wurde in Form einer Antwort auf die Bitte der Mährer um freie, öffentliche evangelische Religionsübung in den Städten gegeben <sup>1)</sup>, und wenige Tage nachher <sup>2)</sup> wurde sie von den Räten des Königs dem Ausschuss der protestantischen Stände gegenüber dahin erklärt, dass sie die Gewährung der Gewissensfreiheit und der Freiheit des Besuchs der auswärtigen Gottesdienste in den Kirchen der beiden Stände enthalten solle.

Hand in Hand mit diesen kirchlichen Forderungen gingen noch andere Ansprüche auf Ausdehnung oder Herstellung der communalen Selbständigkeit der Städte. Aber erreicht wurde nur die Aufhebung des Reverses auf die katholische Religion, der unter Rudolf II. seit 1578 als Bedingung für die Aufnahme in das Bürgerrecht gefordert war.

Eine andere Erweiterung der Assecuration erstrebten die Stände, wenn sie für die protestantischen Unterthanen unter katholischer Grundherrschaft Gewissensfreiheit verlangten. Sie erreichten in dieser Beziehung die Anordnung, dass gegen jeden Glaubenszwang, welcher über die blosse, durch den Augsburger Religionsfrieden festgesetzte Ausweisung hinausging, die Unterthanen das Recht haben sollten, vom ordentlichen Gerichte ihres Herrn oder direct vom Landesfürsten Hülfe zu verlangen, und dass im Falle der Ausweisung oder des freiwilligen Abzuges der Termin zum Verkauf ihres Besitzthums auf ein Jahr bestimmt wurde.

3. Bestimmungen über Justiz und Regierung. Die wesentlichste Errungenschaft, welche die protestantischen Stände in dieser Beziehung davontrugen (d. h. voraussichtlich), war die von Matthias bewilligte Errichtung des oben erwähnten

---

1) Raupach: Cont. III, 217. 9. März 1609.

2) 12. März 1609, Raupach: Cont. III, 224.



„unparteiischen“ Gerichtes. Diese Behörde, welcher die Beilegung der schwierigsten Streitigkeiten zugedacht war, sollte folgendermassen gebildet werden. Aus den weltlichen Ständen der Herren und Ritter beider Confessionen wird eine gleiche Anzahl (je zwei von jeder Confession) ausgewählt, welche unter Zuziehung von zwei praktischen Juristen ein Gutachten hinsichtlich der Bestallung des Gerichtes und des von ihm einzuschlagenden Verfahrens abzugeben hat. Sobald die Commission sich ihres Auftrages entledigt hat, treten die Stände beider Bekenntnisse zusammen und präsentiren auf Grund jenes Gutachtens die Gerichtspersonen von beiden Religionen in gleicher Zahl.

Verwandt mit dem „unparteiischen judicium“ sowohl durch seinen paritätischen, als ständischen Character war ein zweites Gericht, welches sich die protestantischen Stände unter dem Namen eines „Hofrathes“ <sup>1)</sup> zugestehen liessen. Gedacht war derselbe als das oberste Tribunal für das Erzherzogthum Oestreich, welches competent sein sollte, „in allen Justitien und geistlichen Sachen, soviel dieses Landt (d. h. die Stände) betrifft, die höchste Justitiam und die Revision-Sachen zu decidiren“ <sup>2)</sup>.

Das Zustandekommen des Hofrathes war, ähnlich dem des „unparteiischen judicium“ abhängig davon, dass sich die Stände über die Organisation des Gerichtes und über die Besoldung der Mitglieder desselben einigten. Bei der Berufung in den Hofrath versprach Matthias „die angesessene qualifizierte Land-Leuth, und die alten Geschlechter vor andern“ zu

---

1) So genannt von den Protestanten im Gegensatz gegen die Wiener Hofkanzlei, deren Stelle er einnehmen sollte. Dies geht hervor aus der Eingabe der prot. Stände vom 14. Dec. 1608 (Raupach: Cont. III, Beilage 13), in welcher sie folgenden Instanzenzug innegehalten wissen wollen: 1. Landmarschall resp. Landeshauptmann. 2. Appellation an die niederöstr. Regierung zu Wien. 3. Revision durch den Hofrath (bisher bewirkt durch die Hofkanzlei).

2) In der in voriger Anmerkung citirten Schrift.



befördern: eine Versicherung, welche im Zusammenhang steht mit der doppelten Beschwerde der protestantischen Stände<sup>1)</sup>, dass zu den Landesämtern Auswärtige statt der Landleute, und Katholiken mit systematischer Zurücksetzung der Protestanten verwendet würden. Mit Rücksicht auf diese Klagen bestimmte denn auch ein weiterer Artikel der Resolution, dass die Stände beider Bekenntnisse zu allen Aemtern und Gerichten unter blosser Berücksichtigung der persönlichen Befähigung befördert werden sollten.

Wenn durch solche Anordnungen die Bedeutung der Stände im Allgemeinen und der Protestanten insbesondere in der Landesregierung gehoben werden sollte, so hatte ein anderer Punkt den Zweck, die unter den confessionellen Streitigkeiten gesunkene Wirksamkeit der Stände als verwaltender Behörde wieder zu beleben. Dasjenige Organ nämlich, durch welches die Stände ihre laufenden finanziellen und administrativen Geschäfte besorgten, waren die sog. Verordneten, ein Ausschuss, zu dem die drei oberen Stände je zwei Mitglieder zu wählen hatten. Da bei diesen Wahlen die Protestanten aber vielfach den Vorzug ihrer Majorität zur Geltung brachten, so hatte Rudolf 1604 die freie Wahl insofern beschränkt,

---

1) Am deutlichsten finde ich sie ausgesprochen in der „Apologie der drei prot. östr. Stände gerichtet an den Churfürsten von der Pfalz“ vom 16. Oct. 1608 (im Auszuge mitgetheilt von Ritter: Quellenbeiträge zur Geschichte des Kaisers Rudolf II., Abh. d. Akad. d. Wiss. zu München 1872). Auf S. 241 heisst es: Aus beiliegenden Erklärungen des Kaisers Maximilian II. und Rudolfs II. erhellt, dass zu den „Hof- und andern Diensten“ Landleute ohne Rücksicht auf die Religion „vor andern“ zu gebrauchen sind. Statt dessen sind „bisshero fast in allen aembtern nit allein bei hof, sondern auch im lant zum teil ausslendisch, zum teil new erhebt leut, so inen nichts merers alss dieser stent unterdruckung . . . angelegen sein lassen, gebraucht.“ Die alten Geschlechter werden dadurch unterdrückt, „newe und von schlechten eltern herkomne, da sie sich allein eiffrig Römisch erzeigen“ werden erhoben.



als die Herren und Ritter verpflichtet wurden, je einen Katholiken zu wählen <sup>1)</sup>. Ohne an dieser Bestimmung festzuhalten, verfügte jetzt die Resolution, dass die Wahl nach der freien Vereinbarung der Stände unter einander zu geschehen habe.

---

Dies waren die Vereinbarungen, welche im Jahr 1609 den confessionellen Frieden herstellen sollten. Neun Jahre später finden wir statt des Friedens eine Spaltung zwischen den katholischen und protestantischen Ständen, zwischen Protestanten und dem Landesherrn, welche die Ausbreitung der in Böhmen entstandenen Empörung über Oestreich bewirkte. Untersuchen wir, ob und in wie weit die Erklärungen der protestantischen Stände, dass die stetige Verletzung der Resolution von 1609 sie zum Aufstand nöthige, berechtigt waren, oder welche sonstigen Gründe ihre Unzufriedenheit hervorriefen.

## §. 2. Die Beschwerden der protestantischen Stände.

Die Quellen, aus denen unsere Kenntniss zu schöpfen ist, sind zwei sich ergänzende Reihen von Aktenstücken, deren Entstehung unmittelbar zusammenhängt mit der auf Nov. 1618 verordneten Einberufung des unterösterreichischen Landtages <sup>2)</sup>

---

1) Hurter: Geschichte Ferdinands II., Bd. VI, S. 98.

2) Auf diesem Landtage gaben aber auch die prot. oberösterreichischen Stände zusammen mit den unterösterreichischen ihre Beschwerden ein. Zu Anfang 1619 finden wir sogar die oberöstr. prot. Stände durch Deputirte beim Landtage vertreten, „woselbst sie (laut ihrer am 5. Januar 1619 zu Linz empfangenen Instruction) allen Consultationibus und Berathschlagungen, dazu sie erfordert würden, beywohnen, und alles dasjenige, was zu des gemeinen Vaterlandes Nutz, Heyl und Wohlstand gedeyen mögte, handeln solten“. Raupach: Cont. III, S. 366 Anm. c.



nach Wien. Die erste Reihe umfasst drei Schriften, welche zwischen den protestantischen Ständen und dem Kaiser gewechselt wurden. 1. Die Beschwerdeschrift der drei protestantischen Stände von Unter- und Oberösterreich, welche Matthias am 22. Mai <sup>1)</sup> 1618 überreicht wurde <sup>2)</sup>. 2. Die Antwort des Kaisers darauf vom 9. Nov. 1618 <sup>3)</sup> (Londorp I, 563). 3. Die Duplik des Kaisers auf die (fehlende) Replik der Protestanten vom 9. März 1619 (Raupach: Cont. III, Beilage 39).

Die zweite Reihe bilden die Eingaben der protestantischen Stände an die katholischen und die Verantwortungen der letzteren gegen die darin erhobenen Anschuldigungen. Von diesen Schriften lassen uns diejenigen, welche gleich beim Beginn des Landtages im Nov. und Dec. 1618 ausge-

1) Dieses Datum ist nicht in der Beschwerdeschrift selbst, sondern erst in der kaiserl. Antwort darauf vom 9. Nov. 1618 (Londorp: Acta publica I, 564) angegeben.

2) Abgedruckt bei Londorp: Acta publica I, 559 aus der „Copia der überreichten Gravaminum der östr. Stände etc. 1618“ (nach der Mittheilung von Häberlin-Senkenberg: Neueste teutsche Reichsgeschichte, Bd 24, S. 243 Anm. q.). Die Beschwerdeschrift war ursprünglich nicht für den im Nov. 1618 eröffneten Landtag, sondern für einen früher ausgeschriebenen (vielleicht auf Juni, Raupach: Cont. III, S. 344) verfasst, denn sie bezeichnet den künftigen Landtag als „nahend an der Hand“, womit gewiss nicht der Zeitraum von 6 Monaten gemeint war, welcher zwischen der Uebergabe der Schrift und dem Beginn des Landtages (21. Nov.) lag. Aus einem Schreiben der Protestanten an den Kaiser vom 1. Dec. 1618 (Londorp: I, 526) erfahren wir, dass Matthias in der That das Zusammentreten eines Landtages um die Zeit des Ausbruchs des böhm. Aufstandes festgesetzt hatte. Derselbe kam jedoch durch sein Verschulden nicht zu Stande.

3) Auf vorstehende Antwort hatten die prot. Stände am 9. Dec. eine Replik verfasst (das Datum ist angegeben in dem undatirten Schreiben der evang. niederöstr. Stände an Matthias, Londorp: I, 572), in welcher sie Matthias um nähere Erläuterung baten. Sie liegt uns nicht vor.



tauscht wurden (Londorp: I, 566—572), nur einen unzureichenden Einblick in die Zerwürfnisse beider Parteien thun, da die Erwiderungen der Katholiken ablehnend und ganz allgemein gehalten waren. Aufschluss darüber verschafft uns erst das Aktenstück, welches Raupach: Cont. III als Beilage 40 abgedruckt hat. Dasselbe ist eine Auseinandersetzung über die Beschwerden der Protestanten im Einzelnen, wie sie unter dem Vorsitze einer kaiserlichen Commission im März 1619, noch während des Landtages, stattfand. Der erste Theil des Aktenstückes enthält ein summarisches Verzeichniss der protestantischen Beschwerden, von denen einige schon in den Schriften vom (4. und 16.) Dec. 1618 aufgeführt waren, die übrigen am 6. März <sup>1)</sup> hinzugefügt wurden. Der zweite Theil bringt die von den katholischen Ständen darauf abgegebenen Erklärungen vom 14. März <sup>2)</sup> und den dritten Theil nimmt die Rückantwort der Protestanten, zwischen dem 14. und 19. <sup>3)</sup> März 1619 abgefasst, ein <sup>4)</sup>.

Ich werde es nun versuchen, die Beschwerden der Protestanten nach allgemeinen Gesichtspunkten zusammenzufassen

---

1) Raupach: Cont. III, S. 376.

2) a. a. O. S. 379.

3) An diesem Tage reichte die kaiserliche Commission ihr Abschiedsgesuch ein, weil sie sich ausser Stande sah, nach den von den kath. und prot. Ständen abgegebenen Erklärungen eine Einigung unter ihnen zu erzielen (Gindely: Gesch. des dreissigjährigen Krieges, Bd. I, S. 484).

4) Zur Interpretation der prot. Beschwerden des Jahres 1618 und 1619 werden wir in den meisten Fällen auf ihre Schriften aus den Jahren 1609, 1610, 1612 und 1614 Bezug nehmen müssen. Die in Betracht kommenden Aktenstücke sind sämmtlich abgedruckt bei Raupach: Cont. III in den Beilagen 24 bis 33, welche die Zeit vom 2. Mai 1609 bis 9. Febr. 1610 umfassen und in der Beilage 36, deren fünf Theile sich auf die Aufhebung des prot. Gottesdienstes zu St. Ulrich beziehen (Ende 1614 bis Anfang 1615). In Betreff der Schriften aus dem Jahre 1612 sind wir auf die Auszüge angewiesen, welche Raupach: Cont. III, S. 309 bis 313 gibt.



und zugleich festzustellen, inwiefern in denselben wirkliche Rechtskränkungen vorliegen, oder nur der Beweis von Ansprüchen, welche über die wirklich gewährten Rechte hinausgingen.

**1. Beschwerden der protestantischen Stände über die ungenügende Sicherstellung der Resolution im Ganzen.**

Die Resolution vom März 1609 bot den Protestanten keine genügende Bürgschaft für ihre Dauer und ihre Ausführung, so lange zwei formelle Mängel an ihr hafteten: einmal war sie einseitig vom Landesherrn ausgegangen, von den katholischen Ständen aber wurde sie einfach als nicht vorhanden betrachtet <sup>1)</sup>, sodann war sie nicht in Form einer für alle Unterthanen, besonders auch die Gerichte verbindlichen Verordnung publicirt. Diese beiden Mängel zu beseitigen, also die ausdrückliche Zustimmung der katholischen Stände zu der Resolution, und die förmliche Publication derselben zu erwirken, waren die protestantischen Stände gleich bei dem nächsten unterösterreichischen Landtage <sup>2)</sup>, der in Wien 1609 bis 1610 gehalten wurde, bestrebt. Aber gerade im Hinblick auf diese Absichten schlossen sich die katholischen Stände am 1. Febr. 1610 zu einem Bündniss zusammen <sup>3)</sup>, dessen eigentliche Aufgabe darin bestand, die volle Durchführung der königlichen Resolution vom 19. März 1609 zu verhindern. Dies Bündniss lehrte, dass die Resolution, wo zur Erfüllung ihrer Bestimmungen die Mitwirkung der katholischen Stände nöthig war, unausgeführt bleiben werde, es legte aber auch

---

1) Protest der katholischen Stände gegen die Resolution: Hammer: Khlesl's Leben II, 135 Anm. 1.

2) Die Quellen für die Geschichte desselben sind: Raupach: Cont. III, S. 282—293 und Beilage 34 und 35; ferner Stülz: Zur Charakteristik des Freiherrn G. E. v. Tschernembl und zur Geschichte Ostreichs in den Jahren 1608 bis 1610 (Archiv für Kunde östr. Geschichtsquellen Bd. IX, S. 202—205 und 222—225).

3) Hurter: Geschichte Ferdinands II., Bd. VI, S. 211—213.



die höchst bedenkliche Stellung der Regierung klar, denn nicht nur, dass der Bund vom König bestätigt <sup>1)</sup> wurde, er hatte auch die „Conjunction angeordnet, dieselb auch dirigiert und promoviert <sup>2)</sup>“. Dass unter solchen Verhältnissen, bei den Forderungen der protestantischen, dem Widerstand der katholischen Stände, der erwähnte Landtag sich nicht zerschlug, war dem Friedensbedürfniss des Königs und der Vermittlungskunst des ungarischen Palatin Thurzo zu danken, welcher eine Formel fand, die wenigstens vorläufig die Protestanten befriedigte, ohne die ausdrückliche Zustimmung der Katholiken zu enthalten. Thurzo liess sich nämlich von Matthias ein Dekret ausstellen, in welchem der König versicherte, dass er für seine Person die Gültigkeit seiner am 19. März 1609 erlassenen Resolution anerkenne <sup>3)</sup>. Indem dieses Dekret dann vom Palatin den Ständen verlesen wurde, sollte die amtliche Publication damit ersetzt werden. Statt ferner die Katholiken einfach sich zur Befolgung der Resolution verpflichten zu lassen, erwirkte er von diesen eine Erklärung des In-

---

1) Hammer: II, S. 160.

2) Aeusserung des Matthias in der Instruction für einen Gesandten an Rudolf II, vom Jahre 1611 bei Hammer: II, n. 363.

3) Dass diese Anerkennung nur für seine eigne Lebenszeit gelten, nicht aber auch für seine Nachfolger verbindlich sein sollte, ergibt sich aus dem in voriger Anmerkung citirten Aktenstück: „Donun Jer Königl. W. (Matthias) sich allenthalben verlassen und gängstiget gesehen, Jer auch von etlichen Geistlichen und weltlichen Stanndts Catholischen auss dem Reich gerathen worden, sich mit Jerem Protestierenden Stännden, Allermassen Jere Voreltern gethan, zu accordiern, Jer Kh. W. auch durch etliche Curier bey der Böpstl. Heyl. wie dann bey hiezigem Nuntio Protestieren lassen, und die Sachen, so lang Sie khünnen, aufgeschoben, haben Sie lezlich mit Jeren Stännden accordiert, und Jeres Herrn Oehn und Vatters Concessionen erhalten, aber in dem moderieren wollen, das Sy allain für sich, und alss lang Sy Leeben, unverbunden Irer Successorn, welches in voriger Concession nit observiert, sondern auch die Successores verbunden gewesen, geschlossen.“



haltes, dass sie in politischen Sachen mit den evangelischen Ständen vereint handeln und die Rechte derselben nicht kränken wollten. In Betreff der religiösen Angelegenheiten dagegen gaben die Katholiken nur das Versprechen ab, die Protestanten in ihrer Religion und ihrem Gewissen nicht zu „turbiren“<sup>1)</sup>.

Auf die Dauer gaben sich die Protestanten mit solchen halben Erklärungen nicht zufrieden. Besonders die Forderung der Publication der Resolution stellten sie bald wieder auf, aber erst nach Ausbruch des böhmischen Krieges, am 9. März 1619, erreichten sie soviel, dass Matthias der niederösterreichischen Regierung die Resolution „intimirte“<sup>2)</sup>.

## **2. Beschwerden über die Nichterfüllung der Zusagen betreffend Anordnung neuer Behörden.**

Im engen Zusammenhang mit der Nichtanerkennung der Resolution durch die Katholiken steht die Klage der Protestanten, dass gerade die wichtigsten Bestimmungen der Resolution gar nicht ausgeführt wurden. Die empfindlichste Einschränkung der evangelischen Religionsübung auf adligen Herrschaften war durchgeführt durch gewaltsame Sperrung von Kirchen, welche keine selbständigen Pfarrkirchen, oder den Städten benachbart waren, oder für welche der rechtmässige Erwerb des Patronates nicht nachzuweisen war. Eben in diesen Streitigkeiten, den schwebenden, wie den künftigen, erwarteten die Protestanten Abhülfe von dem „unparteiischen“ ständischen Gericht. Allein dasselbe kam nicht zu Stande, weil die Katholiken, hinweisend auf ihren Protest vom 9. März 1609<sup>3)</sup>, beharrlich die Erledigung der erforderlichen Vorbe-

---

1) Auf dieser Grundlage erfolgte der Vergleich der unteröstr. prot. und kath. Stände am 1. März 1610, in Oberösterreich geschah derselbe erst am 25. Juni 1613 (Raupach: Cont. III, S. 314).

2) Raupach: Cont. III, Beilage 39.

3) S 16 Anm. 1.



dingungen ablehnten. Einer scheinbaren Anmahnung von Seiten des Matthias an sie, im Februar 1615 <sup>1)</sup> erlassen, fügten sie sich ebensowenig. Erst als letzterer, veranlasst durch die Gefahr des böhmischen Aufstandes, sie von Neuem aufforderte, einen Ausschuss zur Berathung über die Besetzung des Gerichtes zu ernennen, zeigten sie sich dazu bereit. Es bleibt jedoch fraglich, ob die Antwort der Katholiken ernstlich gemeint war, da sie sich noch 1618 wiederholt auf ihren Protest berufen hatten <sup>2)</sup>. An der Aufrichtigkeit des Kaisers, das „unparteiische judicium“ ins Leben zu rufen, zu zweifeln, verbietet der Befehl an die niederösterreichische Regierung, bis zur Constituirung des Gerichtes jede Execution einzustellen <sup>3)</sup>. Den Protestanten genügte die Entschliessung des Kaisers nicht und zwar aus folgendem Grunde. Seit 1609 waren nämlich alle Klagen über streitige Kirchen in Ermangelung des unparteiischen Gerichtes der niederösterreichischen Regierung zugewiesen, vor der sie in mündlichen Verhören entschieden wurden, ohne dass die vierzigjährige Präscription als ausreichender Besitztitel anerkannt worden wäre <sup>4)</sup>. Jetzt verlangten die Protestanten von Matthias auch Umsturz aller solcher Entscheidungen und Aburtheilung der betreffenden Klagen vor dem in Aussicht stehenden „unparteiischen judicium“. Der Tod verhinderte indessen Matthias, darüber einen Entschluss zu fassen.

Mit dem genannten Gericht theilte das gleiche Schicksal der von den Protestanten geforderte Hofrath. Er scheiterte, wie das erstere, an der Clausel, welche die Erörterung

---

1) Das Datum ist angegeben in der erwähnten Beschwerdeschrift vom 22. Mai 1618. Dass Matthias mit den kath. Ständen unter einer Decke spielte, bewiesen die Verhandlungen der Gesandten der prot. östr. Stände mit Matthias in Prag, Dec. 1615 bis Febr. 1616, Raupach: Cont. III, S. 324—328.

2) Raupach: Cont. III, S. 349 Anm. o.

3) Raupach: Cont. III, Beilage 39.

4) Beschwerdeschrift vom 22. Mai 1618.



der (S. 11) angegebenen Vorfragen der freien Vereinbarung der gesammten Stände anheimstellte, indem die protestantischen den Prälaten Sitz und Stimme in demselben verweigerten <sup>1)</sup>. Von 1612—1618 schwiegen die Protestanten von der Errichtung eines gesonderten österreichischen Hofrathes, weil Matthias die diesem zugedachten Revisionen durch den Reichshofrath besorgen liess. Als sie darauf ihr vor 1612 ausgesprochenes Verlangen erneuerten, stiessen sie bei Matthias auf offenen Widerstand.

### **3. Beschwerden über die Verletzung einzelner Bestimmungen der Resolution.**

Die erste Frage ist, ob auch nach der Resolution den adligen Herren die ihnen gewährten Rechte des protestantischen Gottesdienstes verletzt sind. Vier Fälle kommen in Betracht: die Vorgänge in Inzersdorf, Hernals, St. Ulrich und Gössing. In Inzersdorf und Hernals waren die Kirchen vor der Resolution gesperrt, der Streit gehörte demnach zur Erledigung vor das „unparteiische“ Gericht. Aber während diese Sache schwebte, stellten die Stände mittlerweile ihren Gottesdienst in den Schlosskirchen der beiden Ortschaften an. Nach Auffassung der Regierung — und sie war streng genommen die richtige — musste auch die Frage, ob in den Schlössern hart bei den Städten, und in Wahrheit für die Städte, der protestantische Gottesdienst erlaubt sei, erst von dem noch zu constituirenden Gericht entschieden werden. Also erliess sie am 2. Mai 1609 ein Dekret <sup>2)</sup>, welches die Ausübung des Gottesdienstes sowohl „in Kirchen als Heusern“ so lange verbot, bis ein rechtliches Erkenntniss vorläge. Die Besitzer der Schlosskirchen liessen sich jedoch in ihrem Vor-

---

1) Raupach: Cont. III, Beilage 40, gravamen 14 des zweiten Theils.

2) Raupach: Cont. III, Beilage 24 B.



gehen nicht beirren, sondern setzten trotz des Befehles die Religionsübung in den Schlössern fort <sup>1)</sup>.

Ueber Hernals entspann sich zugleich ein zweiter Streit, wobei es sich um die fiscalische Klage wegen der Lehensfälligkeit des dortigen Gutes handelte. Der Kammerprokurator hatte die Sache bei der niederösterreichischen Regierung anhängig gemacht <sup>2)</sup>, die Protestanten aber erkannten weder die Competenz der Regierung, noch überhaupt die Berechtigung der erhobenen Klage an <sup>3)</sup>. Sie bestanden darauf, dass die Erben des verstorbenen Inhabers im Besitze des Lehens bestätigt wurden. Der Streit darüber zog sich bis Ende 1618 hin, wo er durch ein kaiserliches Dekret vom 13. Nov. <sup>4)</sup> zu Gunsten der protestantischen Stände beigelegt wurde.

Hinsichtlich der beiden ersten Fälle angeblicher Verletzung der Resolution wird man nach dem Gesagten eher urtheilen können, dass ein streitiges Rechtsverhältniss, nicht aber, dass eine Rechtsverletzung vorlag. Der Grund des Uebels lag in dem, was unter 2 ausgeführt ist.

In dem dritten Falle handelte es sich um den prote-

---

1) Zeugnisse für das Vorhandensein des Gottesdienstes zu Hernals: Raupach: Cont. III, S. 309 ff. (April 1612), S. 316 (1613), Hammer: Bd. III, n. 460 (Nov. 1614), Raupach: S. 329 Anm. a (1616).

2) Raupach: Cont. III, S. 320.

3) Schreiben der prot. unteröstr. Stände an Matthias vom 16. April 1615 (Raupach: Cont. III, Beilage 36 D). Darin heisst es: „So wird auch E. M. verhoffentlich unvergessen seyn, was für ein ausführlich und beweglich, wieder den bey der Hochlöblichen Nieder-Oesterreichischen Regierung, auff die gehaltene mündliche Verhör in causa einer prätendirten Lehensfälligkeit des Guhts Hernals, erfolgten Abschied gestellte Schrift beede Länder unter und ob der Ens den 14. Dec. 1613 zu Lintz gehorsambst übergeben lassen, und welcher gestalt zum öftern und gehorsambst um die Remedier- und Erledigung solicitiret und angehalten worden.“

4) Londorp: I, 565.



stantischen Gottesdienst, den Herr von Pachaleb in seinem Lehnhofe zu St. Ulrich, einem Dorfe in unmittelbarer Nähe Wiens, eingeführt hatte. Der Prediger, so scheint es, übte die Seelsorge auch ausserhalb des Lehnhofes in den Häusern der Einwohner von St. Ulrich <sup>1)</sup>. Da das Dorf mit Grundherrlichkeit <sup>2)</sup> und pfarrlichen Rechten von dem Schottenkloster in Wien in Anspruch genommen wurde, so klagte der Abt desselben mit Recht über diesen Eingriff in seine Befugnisse. Aber über das Ziel ging doch das Dekret hinaus, welches darauf vom Landesfürsten erfolgte (August <sup>3)</sup> und October <sup>4)</sup> 1614): der Gottesdienst, auch im Schloss, wurde eingestellt unter Vorbehalt des rechtlichen Austrags der Hauptsache.

Von der vierten Streitsache über die Kirche zu Gössing wissen wir nur soviel, dass dieselbe, vom Freiherrn von Jörger angeblich auf seinem eignen Grund und Boden erbaut, im August 1609 auf einen Antrag des Abtes von Göttweig hin durch eine Verfügung von Hof aus (von der Hofkanzlei?) gesperrt wurde. Bis zum Tode des Matthias erfolgte in dieser, wie in der vorigen Angelegenheit keine Entscheidung.

Die Beschwerden der protestantischen Stände über die Verweigerung der Begräbnisse protestantischer Eingesessener auf dem katholischen Kirchhofe sind geringfügig und vom Standpunkte der Resolution aus unbegründet. Auch die einzelnen Klagen über die Steigerung der Stolgebühren sind

1) Schreiben Khlesl's an Eggenberg, Linz, 10. Januar 1614 (Hammer: III, Beilage 415). Khlesl schreibt: „So wier (wäre) guet die Predigkhandt würde ausser des Hoffs und sonderlich in einen Hauss zu St. Ulrich aufgehebt. So hätten wier des Bachilles (Pachaleb) freygrundt nit zu disputirn ursach oder es geschehe auf der Strassen.“

2) Wiedemann: Geschichte der Reformation und Gegenreformation im Lande unter der Ens, Bd. I, S. 551.

3) Wiedemann: I, 551.

4) Raupach: Cont. III, Beilagen 36 A und B.



an und für sich von untergeordneter Bedeutung, sie gaben aber den Protestanten den Anlass zu dem Streben nach gänzlicher Befreiung von jenen pfarrlichen Gerechtigkeiten, welche sie bisher, gleich den Katholiken, regelmässig an die Pfarrer zu entrichten hatten<sup>1)</sup>.

Zu den Klagen über Beeinträchtigung ihres Gottesdienstes fügten die protestantischen Stände die weitere Beschwerde hinzu, dass die protestantischen Unterthanen katholischer Grundherren schärfer behandelt worden seien, als die Resolution es gestatte. Hält man aber fest, dass die Ausweisung der andersgläubigen Unterthanen gestattet war, und prüft im Hinblick darauf die Beschwerdeschriften der Protestanten, so zeigt es sich, dass in den vorgebrachten Klagen keine Verletzung der Resolution von Seiten der katholischen Stände vorliegt<sup>2)</sup>, vielmehr der Beweis für die Absicht der

---

1) Die ebenfalls hierhin zu zählenden Beschwerden über die Neuerung in der Aufnahme der Kirchenrechnungen und die Wahl der Zechpröpste dürfte darauf beruhen, dass die prot. Stände, als Vogtherren kath. Pfarren, sich bei der Revision der Rechnungen nicht an die von der Gemeinde zu wählenden Kirchenväter gebunden wissen, sondern die letzteren selbst (aus den prot. Gemeindemitgliedern) ernennen wollten. [Vgl. Codex Austriacus: Tractatus de Juribus incorporalibus, Tit. II, §. 6 (I, S. 585) und Hurter: Geschichte Ferdinands II., Bd. VII, S. 629 n. 91 der gravamina der kath. Stände.]

2) Als den einzigen Fall, in welchem die Katholiken Strafen über prot. Unterthanen verhängt haben, führen die Stände an, „dass der Apt zu Lampach, Pfleger zu Ebersberg und Pfleger der Herrschaft Weydhoven die arme Leut der Religion halber unerträglicher weis beträngt, bestraft, gefängnust, ihre Häuser umb halben Werth geschätzt und sie gar von Hauss und Hof verjagt hat.“ (Beschwerdeschrift der prot. Stände vom 4. Dec. 1618, Londorp: I, 567). — Ebenfalls belegen die prot. Stände die Verletzung der Gewissensfreiheit mit nur einem Beispiele: „die Herrschaft Steyer, wie auch andere, muhten denen Evangelischen, auch unter Evangelischen Herren Gesessenen zu, denen Processionen und andern Actibus Römischer Religion beyzuwohnen.“



protestantischen Stände, die katholischen Herrschaften zur Duldung protestantischer Unterthanen zu zwingen <sup>1)</sup>).

#### 4. Beschwerden über die Zurücksetzung bei den Aemtervergaben.

An erster Stelle gehören hierhin die Streitigkeiten über die Verordnetenwahlen <sup>2)</sup>. Der Ursprung derselben lag in der Weigerung der katholischen Stände, die Wahlen lediglich auf Grund der festgesetzten freien Vereinbarung mit den in der Majorität befindlichen protestantischen Ständen vorzunehmen. 1610 wurde eine vorläufige Einigung auf 4 Jahre erzielt <sup>3)</sup>, indem der katholische Herren- und Ritterstand je einen Verordneten seines Glaubens zu den beiden anderen, wie es scheint, protestantischen Verordneten jedes Standes entsendete. Dass die Protestanten den Katholiken gegenüber sich zu diesem Zugeständniss herbeiliessen, wurde veranlasst durch die Aussicht auf gemeinsame Tilgung der von ihnen allein 1608—9 aufgewendeten Rüstungskosten. Da sich ihre Hoffnung aber nicht verwirklichte <sup>4)</sup>, so trat, so viel wir erkennen können, der 1610 beigelegte Zwiespalt 1614 von Neuem ein,

---

1) Beschwerdeschrift vom 22. Mai 1618 und Schreiben der prot. Stände an die kath. vom 2. Mai 1619 (Londorp: I, 616).

2) Die Protestanten hatten dieselben in ihren Beschwerdeschriften nicht bemerkt. Die Quellen darüber sind: Hurter: Gesch. Ferdinands II., Bd. II, Beilage 78 und Bd. VI, S. 100—103, ausserdem Raupach: Cont. III, S. 323—325.

3) Schreiben Losensteins an die 3 prot. oberöstr. Stände, Wien, 9. Juni 1610 (mitgetheilt von Oberleitner: Notizenblatt für Kunde östreich. Geschichtsquellen, Jahrgang 1859, S. 407). Er sagt darin: „das heuttiges Dages 10 von Catholischen unnd 10 von den Euangelischen für den König erschienen und sich der Verortneten halber und der Cassa wegen verglichen unnd nun mehr wider ein Corpus worden unnd werden den vorigen 6 Verortneten noch zween adjungiert von den Catholischen, also ainer von dem Herrnstant unnd ainer von dem Ritterstant, die Sollen also dem ambt 4 Jar uber abwartten.“

4) Raupach: Cont. III, S. 325.



welcher nun bis in die ersten Regierungsjahre Ferdinands II. fort dauerte <sup>1)</sup>).

Neben den allgemeinen Beschwerden der protestantischen Stände, dass entgegen den Landesfreiheiten ihre Glaubensgenossen zu den hohen Aemtern bei der Regierung und den Gerichten nicht gebührend befördert würden, hoben sie besonders zwei Fälle hervor. Diese bezogen sich auf die Ernennung je eines Katholiken zum Landeshauptmann in Oberösterreich und zum Landesuntermarschall in Unterösterreich und waren deshalb von Bedeutung, weil vor den genannten Personen der Adel in erster Instanz Recht zu nehmen hatte. Die angebliche Verletzung der Landesfreiheiten bestand nach der Aeusserung der Protestanten in den Schriften von 1619 darin, dass nicht „die Evangelischen alten Geschlechter in einer Gleichheit (mit den katholischen) gehalten“ seien. Um jedoch die Ziele, welche die Protestanten mit solchen Klagen verfolgten, recht zu verstehen, müssen wir zurückgreifen auf ihre Schriften vom Jahre 1608 und 1609 <sup>2)</sup>. Aus denselben

---

1) Unter dem Jahr 1616 hören wir noch, dass die Katholiken in Folge der bestehenden Zerwürfnisse an Matthias das Verlangen richteten, die Verordnetenwahlen gesondert vollziehen zu lassen (Hurter: Bd. VI, S. 100.)

2) Ich theile die in Betracht kommenden Stellen wörtlich mit. Schreiben vom 14. Dec. 1608 (Raupach: Cont. III Beilage 13): Matthias soll dafür sorgen, dass „imgleichen, wie mit ermeldtem Hoffrath, (nämlich „der von beeden gleicher Anzahl, die Präsidenten aber solches Raths alternative gehalten werde“) solches auch bey der Regierung, Nieder-Oesterreichischer Cammer, Landmarschalckhischen Gericht und den Landt-Räthen gehalten werden möge“. Beschwerden vom 1. Nov. 1609 (Raupach: Cont. III, Beilage 29): „So ist das übrige, wegen der noch Unqualität der Personen von angesessenen Land-Leuthen, der alten Geschlechter, und beyder Religions-Verwandten, Ersetzung der Räthe und hohen Aembter, bishero so wenig beschehen und erfolgt, dass auch alle geheime Räthe, Stadthalter, Kriegs-Räthe, auch Präsidenten, Land-Marschalck, Land-Hauptmann fast zwey Drittheil der Regierung, Cantzler und Land-Schreiber, item



ergibt sich das Bestreben, die Landesregierung gleichsam zu einem Ausschuss der Stände zu machen, indem nicht weniger beansprucht wurde, als dass die Inhaber der Landesämter bei Antritt der Regierung des Matthias von den Ständen und forthin, soweit es sich um Stellen in collegialen Behörden handelte, von den betreffenden Collegien dem Landesfürsten präsentirt werden sollten. Wenn die protestantischen Stände in ihren Schriften von 1618 und 1619 diese beiden Momente nicht namentlich aufführten, so lässt sich dennoch angesichts der Bestimmungen, welche am 16. August 1619 in die mit den Ländern der böhmischen Krone abgeschlossene Conföderationsurkunde <sup>1)</sup> aufgenommen wurden, die Thatsache nicht leugnen, dass ihnen jenes Bestreben unablässig vorschwebt hat.

---

die Cantzleyen (der Hoffdiensten zu geschweigen) Römisch-Catholisch, und ohne Vorwissen, Gutachten und Benennung der Landen gesetzt seyn“. „Ueber specificirte in der Resolution begriffene Puncten (wider welche alle entweder gehandelt, oder doch nicht vollzogen worden) hat man sich bey und in der Tractation auch dessen verglichen, dass bey dieser jezigen E. M. neuen Regierungsantretung, die Benenn- und Fürschlagung der Personen zu den Aembtern und Rathsmitteln von den Ständen beschehen, E. M. aus den fürgeschlagenen die Dienst zu ersetzen und zu erwehlen, bey künfftiger Vacirung aber jedes Collegium, dem alten Herkommen nach, die seinigen zu benennen und fürzuschlagen haben sollen“. Auf den Anspruch „dass aber die Benennung deren Personen, so sonst zu der Justitia zu gebrauchen, von den gesambten Ständen gleichfalls abgefordert werden soll“ erwiderte Matthias „davon ist in gemeldter Resolution nichts zu finden, ist auch wider uhraltet Herkommen und der Landsfürstlichen Hoheit und Freyheiten“. (Raupach: Cont. III, Beilage 27, 17. September 1609.)

1) Abgedruckt in „Histor. Aktenstücke über das Ständewesen in Oestreich, Heft 5, S. 26—30, Conföderationsurkunde der böhm. Lande mit Unterösterreich, S. 30—36 die der böhm. Lande mit Oberösterreich. Näheres über die Urkunden s. unten S. 38 Anm. 6.



### 5. Beschwerden der Städte.

Von vornherein können wir die oberösterreichischen Städte aus unserer Betrachtung aussondern, da sie in kirchlichen Verhältnissen nicht angefochten zu sein scheinen<sup>1)</sup>. Von 1609 bis 1619 hören wir überhaupt nur von einer Beschwerde, welche die Bürgerschaft der Stadt Wels bald nach der Ertheilung der Resolution aufstellte<sup>2)</sup>. Sie wollte den von der Regierung schon vor<sup>3)</sup> 1609 bestellten katholischen Stadtschreiber nicht als solchen annehmen, sondern ihn durch einen von ihr zu wählenden (protestantischen) ersetzen, doch Matthias wies ihr ungerechtfertigtes Verlangen zurück.

Von den unterösterreichischen Städten werden uns als diejenigen, in denen der Resolution offen zuwidergehandelt wurde, Krems, Stein, Baden und Bruck bezeichnet. In den ersteren drei Städten hatten die Magistrate die protestantischen Bürger dadurch vom Besuch des Gottesdienstes abzuhalten gesucht, dass sie die Stadtthore schliessen liessen. Da

---

1) Die prot. Bürgerschaften bezahlten den kath. Pfarrern die Stolgebühren (Raupach: Cont. III, 318) und begnügten sich vornehmlich mit Spital- und kleineren Kirchen, während sie die Pfarrkirchen jenen gelassen hatten (Raupach: Cont. III, Beilage 13. Die oberenserischen Städte haben nach der Cession Oestreichs an Matthias ihr exercitium religionis dergestalt erneuert, dass sie es „allein in denjenigen Spital- und andern Kirchen, die entweder ihnen mit Vogtey und Lehenschafft zugehörig, und ihre eigene bürgerliche Stiftung seyn, oder hie uff keyserl. Consens sonderbar eigenthumblich erkaufft haben“ ausüben).

2) Raupach: Cont. III, Beilage 26 (11. Sept. 1609) und Beilage 29 (1. Nov. 1609).

3) Matthias schreibt an die in Wien versammelten prot. unteröstr. Stände am 17. Sept. 1609 (Raupach: Cont. III, Beilage 27): „Ueber den Stadtschreiber zu Wels haben sich Ihro Maj. noch vor einem Jahr und hernach zu etlich unterschiedlichen malen gnädigst resolviret, derowegen Sie diss Orts Ihre Königl. Maj. Worte nicht zurücknehmen, noch den Welssern solches nachgeben können.“



sie durch dies Mittel nicht den gehofften Erfolg erzielten, so wurden protestantische Bürger, welche die Seelsorge in den benachbarten Kirchen der Herren und Ritter aufgesucht hatten, bestraft, in Krems und Stein wurde sogar der Hausgottesdienst verboten. Ebenso waren in den letzteren beiden Städten Bürger nur gegen Vorlage eines Beichtzettels aufgenommen worden <sup>1)</sup>.

In der Stadt Bruck hatte sich eine landesherrliche Commission eingefunden, welche den protestantischen Bürgern die Wahl liess zwischen dem Uebertritt zum Katholicismus und Auswanderung.

In diesen Vorgängen liegen offenbar Verletzungen desjenigen, was Matthias den Städten mündlich zugesagt hatte, wenigstens nach Massgabe der Erklärung, welche seine Rätthe der Zusage gegeben hatten. Keine Verletzung der Resolution dagegen, sondern nur ein Zeichen, dass die Regierung den Protestantismus so weit als möglich niederzuhalten entschlossen war, war es, dass die protestantische Seelsorge in den unterösterreichischen Städten, besonders auch in Wien, gehindert wurde, so weit, dass den sterbenden Protestanten der Zutritt ihrer Geistlichen versagt wurde <sup>2)</sup>.

Zu den Beschwerden über die Einschränkung der Religionsfreiheit in den Städten kam eine Reihe anderer, welche mehr politischer Natur waren. An und für sich hätte man denken sollen, dass, wenn einmal den Bürgern protestantische

1) Raupach: Cont. III, Beilage 29 (Beschwerdeschrift der prot. Stände vom 1. Nov. 1609).

2) Ob jedoch diese Massregel durchgängig gehandhabt wurde, dürfte zweifelhaft sein; die Protestanten selbst wenden bei ihrer Beschwerde eine Einschränkung an (Raupach: Cont. III, Beilage 40, n. 9 des zweiten Theils): „Man will denen Evangel. Predigern, wenn sie zu Evangel. sterbenden Personen, sie zu trösten erfordert werden, zu Wien in die Cathol. Häuser, auf dem Land auch in die Städt, darin sie wohnen, nit einlassen.“



Ueberzeugung freigegeben wurde, dann auch ihnen der Zutritt zu den städtischen Aemtern und Würden nicht verschlossen werden sollte. Allein zur Zeit der Resolution waren in den unterösterreichischen Städten in Folge der Eingriffe der Gegenreformation die Magistrate der Mehrheit ihrer Mitglieder nach meist katholisch <sup>1)</sup>, und die Absicht der Regierung war es, das Verhältniss zu behaupten. So hören wir denn auch aus einer Beschwerde der evangelischen Stände vom 16. Januar 1610 <sup>2)</sup>, dass in Wien „diss Jahr, welches bei Menschen Gedenken nie beschehen, keiner der Augspurgischen Confession zugethan, weder in dem innern und äussern Rath, noch auf die Schranken, sondern Ausländer, Handwercksleuthe genommen worden“. Solche Resultate waren, da die Majorität der Bürgerschaften doch noch immer protestantisch gesinnt war, nur durch starken Druck auf die Wahlen zu erzielen. Daraus erklären sich die Beschwerden der evangelischen Stände über die bei den Wahlen anwesenden landesherrlichen Commissare („die katholischen Doctores“). Früher, so behaupten sie <sup>3)</sup>, seien solche Commissare nur „zu Auffnehmung der Gelübde“, d. h. Vereidigung des neuen Magistrates erschienen, jetzt werden sie zu den Richter- und Rathswahlen der ober- und unterösterreichischen Städte gesandt <sup>4)</sup>. In

---

1) Hammer: Bd. II, n. 259 Gutachten Khlesls vom 24. Sept. 1609 an Matthias: „Wann Ich dann für gwiss waiss, dass alle Stött sich separiern werden, weil noch Catholische Magistrati vorhanden, so haben Eur Mtt. die Stött de novo gezwungen, khünnen Ire Commissarien zu denen Wahlen verordnen, und Ir Gerechtigkeit allenthalben erhalten, auch denen zweyen Ständten alssdann desswegen bösser undter die augen gehen.“

2) Raupach: Cont. III, Beilage 31.

3) Schreiben der evang. Stände vom 9. Febr. 1610 (Raupach: Cont. III, Beilage 33).

4) Raupach: Cont. III, Beilage 31. (Was bei den Wahlen Rechtens war, zeigt für Wien: v. Maurer: Gesch. d. Städteverfassung in Deutschland Bd. IV §. 662.



Krems und Stein sammelten sie die Wahlzettel und schickten dieselben unter Vermerkung der Wähler nach Wien <sup>1)</sup>).

Eine zweite politische Beschwerde bezog sich auf den alten Anspruch der Protestanten, dass es den Städten verstatet sein sollte, ihre Anträge und Beschwerden in Sachen der protestantischen Religionsfreiheit gemeinsam mit den beiden adligen Ständen zu verfolgen, mit denselben also als die drei weltlichen Stände bei den ständischen Versammlungen zu erscheinen. Seit den Erfolgen der Gegenreformation stand diesem Anspruch unter Anderem die Thatsache entgegen, dass die unterösterreichischen Städte katholische Magistrate hatten und folglich katholische Deputirte zu den Landtagen schickten. Nachdem nun die protestantischen Stände bei Ertheilung der Resolution die besagte Forderung vergeblich erhoben hatten, schienen sie einen Schritt weiter zu kommen bei der oben (S. 17 u. 18) erwähnten Vermittlung des Palatin Thurzo. Aber die Zusage, welche dieser von Matthias erwirkte, dass nämlich den Städten in Religionsangelegenheiten die Zusammenkünfte und Audienzen mit den zwei oberen protestantischen Ständen in der Weise gestattet sein solle, wie es zu Zeiten Ferdinands I. und Maximilians II. gehalten sei <sup>2)</sup>, barg in sich einen Widerspruch.

---

1) Schreiben der prot. Stände vom 9. Januar 1610 (Raupach: Cont. III, Beilage 33): „So hätten sich auch für das andere in nechter Wahl beeder Städte Krembs und Stein, zu welcher vor diesem niemahls, sondern allein zu Auffnehmung der Gelübd und dazu keine Geistliche, sondern aus denen Ständen von Herren und Ritterschafft Commissarii genommen werden, der Anwald daselbst Peter Scholden, als neben dem Probst von Dürnstein geordneter Commissarius, unterstanden wider mehrgemeldte Kapitulations-Resolution und derselben Tractation, so wohl uhraltet Herkommen, zu einer höchst gefährlichen Neuerung die eingelegten Wahl-Zettel mit eines jeden Nahmen keines Wegs, wie zu erachten, zum Besten, sondern auff Gefahr zu merken, und herab nach Wien zu schicken.“

2) Raupach: Cont. III, S. 292.



Daher blieb die Streitfrage eine offene; von der Regierung wurde der Anspruch der Protestanten nicht anerkannt. Zwei Fälle sind uns überliefert, in denen die evangelische Bürgerschaft Wiens, nach deren Muster sich vermuthlich die der anderen Städte gehalten haben werden, thatsächlich ihre eigenen Deputirten abgefertigt hatte, neben und trotz der Deputation des Magistrates <sup>1)</sup>).

Fassen wir das Gesagte zusammen, so ergibt sich Folgendes: a) Die Resolution von 1609 ist in ihren wichtigsten Theilen nicht ausgeführt, allerdings ohne formelle Schuld, wohl aber unter Connivenz der Regierung. b) Sie ist in einigen, aber nicht sehr vielen Punkten verletzt. c) Die feindselige Gesinnung der Regierung gegen den Protestantismus steht fest, wogegen die Tendenzen der protestantischen Stände hinwieder eine Schwächung der landesherrlichen Gewalt im ständischen Interesse überhaupt und besonders zum Vortheil ihres eigenen Bekenntnisses bezweckten.

## **II. Der Antheil Tschernembls an dem böhmisch-österreichischen Aufstande in den Jahren 1619 und 1620 nach der Schrift „Böhemische geheimbe Cantzley“.**

Die unter dem Titel „Böhemische geheimbe Cantzley“, das ist: „Consultationes oder unterschiedliche Rathschläg und Vota etc.“ im Jahre 1624 gedruckte Schrift gehört zu dem Cyclus von Publicationen, welche in den Jahren 1621

---

1) Raupach: Cont. III, S. 280 Anm. c (Gesandtschaft der zwei oberen prot. Stände und dreier Bürger Wiens als Vertreter der prot. unteröstr. Bürgerschaften an den Landtag in Pressburg, (Dec. 1609) und S. 321 (Deputation der prot. Herren, Ritter und Bürgerschaften in Ebersdorf an den Kaiser, Nov. 1614).



bis 1628 von der bairischen Regierung veranlasst wurden und die verrätherischen Umtriebe der Pfälzer und ihrer Verbündeten enthüllen sollten. Nähere Angaben über sie und die verwandten Flugschriften hat Koser: „Der Kanzleienstreit. Ein Beitrag zur Quellenkunde der Geschichte des dreissigjährigen Krieges“ zusammengestellt. Für die Zwecke der folgenden Untersuchung genügt es, nur Einzelnes hervorzuheben.

Der Verfasser der Consultationen ist der oberösterreichische Freiherr und Landrath Georg Erasmus von Tschernembl auf Schwertberg und Windeck<sup>1)</sup>. Ein Anhänger des calvinischen Glaubensbekenntnisses, war er der Leiter der Partei der evangelischen Stände Oberösterreichs. Die Zeit seiner einflussreichsten Thätigkeit fällt in die Jahre 1608 bis 1610 und Ende 1618 bis Juli 1620<sup>2)</sup>.

Der Titel „Consultationes“ ist vom Herausgeber. Derselbe hält nämlich die Aufzeichnungen für Protocolle, welche über „in Heidelberg und anderswo“ gehaltene Berathschlungen aufgenommen seien, eine Ansicht, die zunächst einer näheren Untersuchung unterzogen werden muss, da von ihr das Urtheil über den Quellenwerth der Schrift abhängt. Als das Resultat dieser Untersuchungen werden wir nun kennen lernen, dass die Consultationen sämmtlich private Aufzeichnungen sind: Betrachtungen über gleichzeitige Vorgänge, Erwägungen über bevorstehende Verhandlungen, Gründe für und wider die in solchen Verhandlungen und Vorgängen zu ergreifenden Entschlüsse, sämmtlich in die Jahre 1619 bis 1622 gehörig.

---

1) Tschernembl unterzeichnet am 25. April 1620 die Prager Conföderation: Georgius Erasmus baro a Tschernembl, in Swertberg et Windegg, supremus ducatus Carniolae et Marchiae Slavonicae pincerna hereditarius ac superioris Austriae consiliarius provincialis.

2) Vgl. Stülz: Zur Charakteristik des Freiherrn G. E. v. Tschernembl und zur Geschichte Oestreichs in den Jahren 1608 bis 1610 (Archiv für Kunde östr. Geschichtsquellen Bd. IX. S. 169—226).



Der historische Werth der Consultationen beruht daher vorwiegend darauf, dass sie uns Tschernembls Auffassung der Vorgänge, seine Betheiligung und seine Absichten bei bestimmten Stadien der grossen Bewegung von 1619 bis 1622 darlegen. Bevor man sie aber verwerthen kann, muss man sie vor allem zeitlich ordnen. Denn der Herausgeber, indem er die Aufzeichnungen 1. nur fragmentarisch, 2. nach sachlichen Gesichtspunkten zusammengestellt gibt, hat eine völlige Verwirrung angerichtet, die jedoch darum wieder leicht zu heben ist, weil er bei den einzelnen Stücken die Blattnummern des Manuscriptes angibt. Da letzteres natürlich die chronologische Folge beobachtet, so hat man nur die einzelnen Fragmente — die Consultationen, wie sie der Herausgeber nennt — nach diesen Angaben umzuordnen. Es ergibt sich daraus folgende Reihenfolge der Consultationen. 1, 2, 9, 6, 3, 12, 14, 13, 15, 16, 7, 18, 5, 11, 33, 4, 29, 17, 35, 8, 9 b (f. 231), 10, 37, 34; 38, 21, 19, 23, 24, 25, 20, 22, 36, 27, 30, 31, 28, 32, 26. Nur mit zwei Ausnahmen entspricht diese Ordnung nicht der Zeitfolge. Die erste Ausnahme betrifft die cons. 7, 18, 5, welche, wie in der Abhandlung gezeigt werden wird, hinter cons. 35 einzuschalten sind. Die zweite Ausnahme machen die cons. 23, 24, 25, welche jedenfalls später als cons. 20, d. h. nach der Schlacht bei Prag vom 8. November 1620 anzusetzen sind.

Die ersten 24 Consultationen rühren aus der Zeit vom April 1619 bis 20. August 1620 her, wo Herzog Maximilian von Baiern die Huldigung der oberösterreichischen Stände entgegennahm. Auf ihre nähere Untersuchung wird sich vorliegende Arbeit beschränken. Von den folgenden sind cons. 38, 21, 19, 20 zwischen dem 20. August 1620 und der Nacht vom 8. auf den 9. November 1620 verfasst. Die übrigen 11 Consultationen fallen in die Zeit nach dem 8. November 1620 bis zur Eroberung Heidelbergs durch Tilly am 20. September 1622.

Innerhalb der genannten Reihenfolge lassen sich wieder



grössere Gruppen ausscheiden, welche sachlich und zeitlich zusammengehören. An solche Gruppen soll sich die Untersuchung anschliessen.

### §. 1. Conss. 1, 2.

Die genannten Stücke gehören zusammen, weil sie sich beide auf den Abschluss der oberösterreichisch-böhmischen Conföderation beziehen, welcher auf den oberösterreichischen Landtagen in Linz vom April und Juni 1619 angebahnt und auf dem Generallandtage in Prag vom Juli bis September 1619 vollzogen wurde.

Die Anwesenheit Tschernembls am Linzer Landtage in seiner Eigenschaft als oberösterreichischer Landstand wird anderwärts für April <sup>1)</sup> und Juni <sup>2)</sup> 1619 bezeugt, ebenso seine Theilnahme am Generallandtage in Prag als Gesandter seiner evangelischen Mitstände für den 15. Juli <sup>3)</sup> bis mindestens 26. August <sup>4)</sup> 1619.

Sehen wir nun, was seine Aufzeichnungen uns mittheilen. Sie beschäftigen sich mit einem Bündniss, welches die böhmischen Lande unter sich und mit anderen Landen, besonders auch mit Oberösterreich, abschliessen sollen <sup>5)</sup>. Die Consultationen fallen also vor die Zeit, wo dieser Abschluss

---

1) Gindely: Gesch. des 30jähr. Krieges, Bd. II, S. 57.

2) a. a. O. II, S. 188 und Pritz: Gesch. des Landes ob der Ens Bd. II, S. 354.

3) Pritz: a. a. O. Bd. II S. 354.

4) Anhaltsche Kanzlei S. 104 und 105. Tschernembl richtete nach der Wahl des Pfalzgrafen von Prag aus ein Schreiben an denselben in Amberg. Schon bekannt mit dem Inhalte dieses Schreibens beauftragte Chr. von Anhalt am 29. August Achaz v. Dohna, welcher als pfälzischer Gesandter in Prag weilte, die oberösterreichischen Gesandten noch 10 Tage zurückzuhalten.

5) I, 1: „Die Union (wie wir sie bezwecken) ist eine verbündliche Verainigung des Königreichs Böhem und Landt ob der Ens etc.“ II, 3: „also muss unser Bündnuss dahin gehen etc.“



erfolgte, d. h. vor den 31. Juli und die folgenden Wochen. Sie sind abgefasst nach dem Tode des Kaisers Matthias (20. März 1619)<sup>1)</sup> und wahrscheinlich auch nach der Zeit, in welcher der oberösterreichische Landtag im April<sup>2)</sup> förmlich beschlossen hatte, mit den Böhmen über die Conföderation zu verhandeln. Von der zweiten Consultation ist es sogar gewiss, dass sie in die Tage fällt, wo Tschernembl entweder schon beim Prager Generallandtage zur Unterhandlung über die besagte Conföderation eingetroffen war, oder im Begriffe war, einzutreffen, denn die in n. 18<sup>3)</sup> erwähnte Entschädigung des Herrn von Schwamberg kann sich doch nur auf den Schaden beziehen, den derselbe am 25. Juni 1619 durch die Einnahme seines Schlosses Gratzen erlitten hatte<sup>4)</sup>.

Das Interesse der beiden Consultationen liegt darin, dass sie uns zeigen, wie Tschernembl über die Conföderationen und ihren Inhalt dachte. Zum Verständniss muss man sich erinnern, dass nach Tschernembls Auffassung die Landesregierung über Oestreich nach Matthias Tode so lange den Ständen zukam, bis sie sich mit dem neuen Landesherrn über die Huldigung geeinigt hätten<sup>5)</sup>. In diesem Sinne wirft er auf und beantwortet er die Frage, ob Oberösterreich eigenmächtig ein Bündniss mit Böhmen abschliessen dürfe. Er rechtfertigt den Entschluss mit der Behauptung: „Wir seind im interregno, und daher befugt“. (I, 20). Dann fragt er, aus welchen Mitgliedern das Bündniss bestehen solle. Seine Antwort lautet, es sind folgende Einigungen stufenweise zu

1) I, 20: „Wir seind im interregno.“

2) Gindely: II, S. 57; Krones: Gesch. Oestreichs Bd. III S. 418.

3) „Herr von Schwanberg soll man Underthanen biss dato under Hochfurt gehörig zur recompens dess erlitnen schadens einräumen, weil Hochfurt verrätherey (?) wider Böheim getrieben.“ Hochfurt war seit Mai von oberöstr. Truppen besetzt (Gindely: II, 59).

4) Gindely: II, 108.

5) Vgl. Schreiben Tschernembls an Ferdinand, Linz, 20. Juni 1619 (Londorp: I, 622).



schliessen (I, 28): a) „Die erste Verainigung ist under sich selbst“. b) „Verainigung mit den Incorporierten Landen“. c) „Mit Unierten Chur und Fürsten“. d) „Mit den Staden“. e) „Mit den Benachbarten Königreichen und Landen“. f) „Union mit Ungern“. Diese Angaben sind nicht ganz klar, aber offenbar bezeichnen sub b die „incorporierten Lande“ die der Krone Böhmen incorporirten Länder Mähren, Schlesien und die Lausitz<sup>1)</sup>. Alsdann müssen sub a die Worte „under sich selbst“ sich auf die Stände des Hauptlandes Böhmen beziehen und es würde sich somit ergeben, dass, wenn es nach Tschernembls Wünschen gegangen wäre, man nachfolgende Bündnisse dem König Ferdinand entgegengesetzt hätte: a) Vereinigung der böhmischen Stände. b) Bund der böhmischen Stände mit denjenigen von Schlesien, Mähren und Lausitz. c) Bündniss dieser Einigung mit den Unirten im Reich und mit den Generalstaaten. d) Hierauf erst, oder doch neben und abgesondert von diesen letzteren Bündnissen, Conföderation der böhmischen Einigung sub a und b „mit den Benachbarten Königreichen und Landen“, d. h. mit den übrigen Ländern und Königreichen des Hauses Oestreich. Als Pleonasmus müsste dann der hinzugefügte Satz: „Union mit Ungern“ erscheinen.

Nachdem Tschernembl so den äusseren Umfang des Bundes gezeichnet hat, wendet er sich in der zweiten Consultation zu den Bestimmungen desselben. Was bei Betrachtung dieser Consultation sofort auffällt, ist ihr loser Zusammenhang mit der ersten. Tschernembl spricht in ihr nur von dem zwischen Böhmen nebst seinen Kronlanden und Oberösterreich abzuschliessenden Bunde<sup>2)</sup>. Dass nach der ersten

---

1) In dieser Bedeutung wenigstens gebraucht Tschernembl an den sechs anderen Stellen, wo er von „incorporirten Landen“ spricht, (conss. IV n. 36, XXVII n. 12, XXIX n. 17, XXXII n. 2, 4 u. 6), den Ausdruck.

2) II, 4: „Jurisdictio Ordinarii in diesem Landt Oesterreich, Mähren etc. soll auffgehebt sein.“ II, 15: „Dass uns so wol in Bö-



Consultation vor oder neben jenem Bunde ein anderer mit der Union zu schliessen sei, ist hier so vollständig vergessen, dass unter den Bestimmungen des böhmisch-österreichischen Bündnisses eine blosse „correspondentz“ (II, 23) mit der Union empfohlen wird. Es zeigt sich eben hier, wie auch sonst, dass die Consultationen unter verschiedenen Eindrücken rasch hingeworfen sind und bei der Einheit der Grundgedanken viele Verschiedenheiten im Einzelnen auftreten.

Die Bestimmungen nun, welche Tschernembl für das Bündniss aufstellt, enthalten nicht weniger als eine Neuordnung der kirchlichen und politischen Verhältnisse, welche unter die Garantie des Bundes zu stellen wäre. Er verlangt gleichmässige und volle Freiheit der drei Bekenntnisse<sup>1)</sup>, des katholischen, lutherischen und reformirten, für alle Einwohner, mit Aufhebung der bischöflichen Jurisdiction gegen die Evangelischen. Die einzigen wesentlichen Beschränkungen, welche er den Katholiken zudenkt, bestehen darin, dass in den Städten keine neuen Klöster ohne Zustimmung der Stände errichtet (n. 11) und dass keine Geistlichen in „Weltliche Räth“ (n. 14) aufgenommen werden sollen. Seine Hauptforderung bezüglich der weltlichen Regierung befasst sich in dem längst<sup>2)</sup> erhobenen Anspruch seiner Mitstände, dass die Mitglieder der Räthe (d. h. der hohen collegialischen Behörden) künftig auf Präsentation der Stände, und zwar ohne Rücksicht auf das

---

heim, als ihnen heraus auf begebenden Fall die Erbschafften frey erfolgen sollen.“

1) II, 1: „Die Evangelische Religion, das ist die man Lutherisch und reformiert nennt, in einem und andern Landt frey zu lassen, so wol als die Röm.-Catholisch, unnd soll kein religions oder Gewissen zwang, betrangnuss weder bey Hoch, noch nieder, Geist- noch Weltlich Standt gedult werden. Item, Kirchen zu bawen Macht haben. Cammergüter, auss- und innlendischen Fürsten Güter sollen nit exempt sein, und kein jurisdiction, sie sey Geist- oder Weltlich dieses Orts zu praetendiren haben.“

2) S. 25 Anm. 2.



Bekennntniss, lediglich nach Tauglichkeit ernannt werden sollten (n. 20). Daran schliessen sich weitere Vorschläge — und diese sind die am weitesten tragenden — über die Garantie der festzusetzenden Bestimmungen und der Rechte des Landes überhaupt durch den Bund: die Verbündeten stehen zusammen in Verfolgung ihrer Beschwerden<sup>1)</sup>, sie leisten ihrem Landesfürsten keine Huldigung vor Bestätigung dieses Bündnisses<sup>2)</sup>, sie erkennen keinen Landstand an, der das Bündniss nicht angenommen hat<sup>3)</sup>. Bei Verletzung ihrer Rechte leisten sie sich thätlichen Beistand und richten zu dem Zweck eine besondere Defensionsordnung ein<sup>4)</sup>, deren Kosten aus der landständischen Kasse, die ganz unabhängig von der Regierung verwaltet sein muss, zu bestreiten sind. Endlich muss das Bündniss sich stärken durch Correspondenz mit den Unirten im Reich (n. 23).

Es ist nicht meine Aufgabe, im Einzelnen nachzuweisen, dass die hier entworfene Bundesverfassung in wesentlichen Punkten von dem Bündnisse abweicht, das am 31. Juli<sup>5)</sup> zwischen den Ständen der böhmischen Lande, und am 16. August<sup>6)</sup> 1619 von den Ständen der böhmischen Lande mit den

---

1) n. 16: „Jedes Landt soll sein maistes obligen in acht nehmen und die gemain Unierten sollen sich darumb annehmen, daher muss sie auch fürbracht werden.“ Aehnlich n. 5 u. 6.

2) n. 7: „Da (= wenn) die Landt unterschiedliche Landtsfürsten haben, soll jedes bey der Huldigung diese Bündtnus bevor behalten unnd vor ratification oder confirmation derselben nit huldigen.“

3) n. 10: „Wer diese Bündtnuss nit unterschreibt und fertiget, soll auch für kein Standt des Landts passiert werden.“

4) n. 8: „Jedes Landt soll sein aigne defension haben und underhalten auss gemeinem Standt Cassa, und soll solche in gemainer Landtschafft disposition, nicht von Hoff dependieren.“

5) Die Urkunde bei Londorp: I, 635.

6) Böhmisches-unterösterreichische und böhmisch-oberöstr. Conföderationsurkunde in: Histor. Aktenstücke über das Ständewesen in Oestreich, Heft V S. 26 und S. 30. (An der zweiten Urkunde fällt ein



protestantischen Ständen Oestreichs abgeschlossen wurde. Die Thatsache der Verschiedenheit darf ich als unzweifelhaft annehmen. Sie ist am einfachsten dadurch zu erklären, dass wir in der Consultation eben nur eine private Aufzeichnung der Gedanken Tschernembls vor uns haben. Es ist dies der Character der Consultationen, der oben im Allgemeinen behauptet ist und bei der Analyse jedes einzelnen Abschnittes sich bewährt.

Auffallend ist in den bisher besprochenen Artikeln besonders noch derjenige, welcher über die Bestätigung der Conföderation bei der Huldigung handelt (II, 7). Er lautet: „Da (wenn) die Landt unterschiedliche Landtsfürsten haben (werden), soll jedes bey der Huldigung diese Bündtnus. bevor behalten, unnd vor ratification oder confirmation derselben nit huldigen“. Offenbar denkt hier Tschernembl an die Möglichkeit, dass die böhmischen Stände den König Ferdinand absetzen und dann einen anderen Landesherrn erhalten werden, als die Oesterreicher. Dieser Gedanke leitet uns hinüber zu der zweiten Gruppe von Consultationen, von denen uns die beiden ersten (conss. 9 und 6) die angedeutete Möglichkeit um vieles näher rücken.

---

Umstand auf. Während die böhmisch-österreichische Conföderation sowohl in den Artikeln, als in der Schlussformel von den unter- und den oberösterreichischen Ständen spricht, wird die andere, obgleich in ihren Artikeln die unteröstr. Stände nicht genannt werden, dennoch von den Ständen beider Lande unterzeichnet. Wie der Umstand zu erklären ist, ist ungewiss. Entweder ist die böhmisch-östr. Urkunde ein blosser Entwurf (sie ist weiter gehend, als die böhmisch-österreichische und viel näher verwandt mit Tschernembls zweiter Consultation), oder es ist durch irgend einen Zufall in den Artikeln der ratificirten Conföderation die namentliche Aufführung der unteröstr. Stände übersehen).



§. 2. Conss. 9, 6, 3, 12, 14, 13, 15, 16, 7, 18, 5.

Die nun folgende Reihe von Consultationen zeigt uns Tschernembl nicht mehr mit den oberösterreichischen, sondern mit den böhmischen Angelegenheiten beschäftigt, welche gerade während seines Aufenthaltes in Prag an den beiden Generallandtagen des Jahres 1619 (Juli bis September) und 1620 (März bis Mai) vorgingen.

In den beiden ersten Consultationen (9 und 6) befasst sich Tschernembl hauptsächlich mit der Absetzung Ferdinands als König von Böhmen und der Wahl eines neuen Königs. Sie fallen vor den 16. August 1619, da in der zweiten Consultation die Wahl des Fürsten Christian von Anhalt zum General der böhmischen Streitkräfte empfohlen wird, diese Wahl aber an dem bezeichneten Tage entschieden war. Wenn man ferner erwägt, dass Tschernembl im Juli in Prag eintraf, dass dort die Verhandlungen über Ferdinands Absetzung unmittelbar nach Abschluss der böhmischen Conföderation (am 31. Juli 1619) begannen <sup>1)</sup>, dass die Verhandlungen über Anhalts Ernennung zum General am 6. August <sup>2)</sup> anfangen, so wird man beide Stücke füglich in diese Tage, etwa 1.—15. August 1619 verlegen dürfen.

Was nun Tschernembl unter dem Eindruck dieser Verhandlungen über die Gründe, weshalb man Ferdinand, ohne sich mit gütlichen Verständigungen aufzuhalten, absetzen soll, über die Zweckmässigkeit, den Fürsten von Anhalt an die Spitze der böhmischen Truppen zu stellen, niederschreibt, hat bei unserer anderweitigen Kenntniss von jenen Vorgängen kein besonderes historisches Interesse. Aber um so bemerkenswerther ist es, dass Tschernembl als erste Candidaten für die nach der Absetzung Ferdinands neu zu vergebende böhmische Krone den Herzog von Savoyen <sup>3)</sup>, und dann nicht etwa den

1) Gindely: II, 183 u. 184.

2) Gindely: II, 112.

3) IX, n. 9: „Wann Böhem schon einen Bapistischen Fürsten nimbt, so erhalten sie gleichwol ihr electionem liberam.“ n. 10: „Savoy sey ein Branche vom Hauss Sachsen.“



Kurfürst von der Pfalz, sondern den Fürsten Christian von Anhalt empfiehlt <sup>1)</sup> und dabei die Königswahl so lange zu verschieben gedenkt, bis Anhalt sich im Feld bewährt habe. An diesem Vorschlag ersehen wir, wie Tschernembl einen von den Absichten der böhmischen Stände sich scharf unterscheidenden Standpunkt in der Wahlfrage einnahm. Etwas weiter <sup>2)</sup> unterrichtet er uns denn auch über den Ursprung der Candidatur Anhalts.

Anhalt und Savoyen sind somit die ersten Candidaten der böhmischen Krone, die Tschernembl in seinen Aufzeichnungen in Betracht zieht. Allerdings sind es nicht die einzigen; in den nächsten 5 Consultationen bespricht Tschernembl die ganze Reihe der übrigen Candidaturen. Die Frage ist nur, ob diese Ueberlegungen der Zeit nach mit den eben besprochenen zusammenfallen, oder ob Tschernembl erst später, also allmählich, auf die übrigen Candidaten zu kommen Anlass fand. Wir untersuchen zu dem Zweck zunächst cons. 3.

Sie bezieht sich auf eine Mittheilung, welche Bethlen Gabor von Siebenbürgen durch den Woiwoden Marcus den böhmischen Directoren in Prag <sup>3)</sup> hatte machen lassen; Bethlen erklärte darin „auff den 17. S. (d. h. September) mit grosser macht, so vil man haben will, nach Pressburg zu kommen, der Cron Böhem zu gutem, allein dass man kein Friden

1) VI, n. 2: „Soll von den Herren Directoren mit allem dependiern, die sollen ihn zu Rath ziehen unnd sein Gemüt aussnehmen und so er seine Proben gethon, zum König angenommen werden.“

2) IV, n. 8: „Zerothin hat mit mir vertrewlich geredt, wie Ferdinand, postea Caesar wegk zu bringen, dass Anhaltinus prae Jägerndorff unnd Churfürst zu succediern, Churfürst sey zu Jung, Jägerndorffer zu geh.“ Diese Verhandlungen Tschernembls mit Zierotin fanden, wie ersterer in IV, n. 7 bemerkt, in Trebitsch statt und zwar (nach Gindely: I, 431) Ende Nov. 1618.

3) Dass Marcus in Prag selbst war, geht hervor aus cons. XII n. 17: „Marcus Waywoda hat zu Ruppá gesagt.“



ohn sein vorwissen und raht machen wölle“ (n. 1). Ergänzt und zugleich erläutert wird diese Mittheilung durch eine zweite Notiz Tschernembls in n. 4: „(Bethlen) Ist von 28 Span-schafften zum Königreich Ungern erfordert worden“. Ehe wir auf den sonstigen Inhalt der Consultation eingehen, stellen wir sofort die Frage, wann hat Marcus die Erklärung Bethlens nach Prag überbracht? Aus einem Schreiben Bethlens an die böhmischen Directoren, Kronstadt, 18. August 1619 <sup>1)</sup>, erhellt, dass Marcus damals eben von Prag nach Kronstadt zurückgekehrt war <sup>2)</sup>. Da zu einer solchen Reise etwa 20 Tage <sup>3)</sup> erforderlich waren, muss Marcus demnach Ende Juli in Prag gewesen und von dort abgereist sein <sup>4)</sup> <sup>5)</sup>.

---

1) Meyer: Londorp. suppl. et cont. II, 175 (genauer als die deutschen Uebersetzungen bei Khevenhüller: IX, 686 und Londorp: I, 692: Beide übersetzen ex literis earundem (sc. D. D. Vestrarum) die 14 praesentis Mensis certiores facti sumus mit „und wir auss euerem unterm dato den 14. Augusti abgangenem Schreiben vernommen“).

2) Bethlen sagt: „vicit fides et pollicitatio a Vest. Illustrissimis D. D. proprio et Ordinum nominibus per nostrum Marcum Waiwodam allata, quam justa veneratione amplectimur, et omni mora et cunctatione postposita, in nomine Domini Dei Exercituum, itineri nos accingemus, ac nisi in Hungaria causae morarum (quod nequaquam speramus) nobis objectae fuerint, maximis conatibus mense Septembri ad fines Moraviae contendemus.“

3) Diesen Zeitraum brauchte der Ueberbringer des erwähnten Schreibens vom 18. August, Hatwan. (Vermerk bei Meyer: II, 176: „Praesent. Pragae 7 Sept. 1619“.)

4) Die Nachricht, dass in Prag schon am 29. Juli der Anschluss Bethlens erwartet wurde (Hurter: Bd. VIII S. 150 Anm. 78), passt in den ermittelten Zeitraum.

5) Gindely: (Gesch. des 30jähr. Krieges II, 263 nebst Anm. 3) kennt diese (erste) Gesandtschaft des Marcus nach Prag nicht. Er lässt ihn Ende Juli oder Anfang August von Siebenbürgen her in Thurns Lager eintreffen, welcher im Geheimen von dem Vorrücken Bethlens verständigt wird. Thurns weiterer Verbreitung der em-



Dies ist der einzige feste Anhaltspunkt zur Bestimmung der Abfassungszeit der Consultation, nur soviel können wir

---

pfangenen Nachricht schreibt er die Entstehung des in Prag erst am 20. August (nach Skala III, 271) cursirenden Gerüchtes von Bethlens Aufbruch zu. Geheimgehalten scheinen die Verhandlungen mit Bethlen allerdings zu sein, da es sonst unbegreiflich wäre, dass nicht Skala, ein Parteigänger der böhm. Revolution, und aus ihm Gindely, dieselben gekannt haben sollte. Dass Tschernembl in die Mitwissenschaft gezogen wurde, hat er wohl nur seinen engen Beziehungen zu den „Confidenten“ (Ruppa, Hohenlohe, Thurn) zu verdanken.

Dass die böhmischen Directoren die von Bethlen durch Marcus geforderte Verpflichtung „dass man kein Friden ohn sein vorwissen und raht machen wölle“ eingegangen sind, berichtet uns Tschernembl in cons. XII n. 17, ebenso spricht auch Bethlen in dem Schreiben vom 18. August von einer pollicitatio der Directoren im Namen der Stände.

Wir wollen zugleich an dieser Stelle erledigen, was sich ferner aus der zweiten Notiz Tschernembls in n. 4 über die ersten Verbindungen der Ungarn mit Bethlen ergibt. Der äusserste Termin, bis zu welchem die Ungarn die in n. 4 enthaltene Aufforderung an Bethlen gerichtet haben, wird bestimmt durch die Abreise des Marcus von Kronstadt nach Prag. Nach der Annahme, dass eine solche Reise ca. 20 Tage erfordere, muss Marcus also zu Anfang Juli aufgebrochen sein. Demnach gelangen wir mit Gindely: II, 263 zu dem Resultat, dass schon Ende Juni Anknüpfungen der ungarischen Stände an Bethlen stattgefunden haben. Aber was die Angabe über die Zahl der Gespannschaften, welche Bethlen gerufen und ihm als Preis seines Zuges die Königskrone verheissen haben, anlangt, steht Tschernembls Zeugnis vereinzelt da. Zur Controle mögen zwei anderweitige gleichzeitige Nachrichten dienen: ein Auszug aus dem Bericht des hessischen Obersten Widemarkter an den Landgrafen Moritz von Hessen, Hanau, 3./13. August 1619 (Rommel: Gesch. von Hessen, Bd. VII S. 367 Anm. 385) und das Schreiben Bethlens an die böhm. Directoren vom 18. August. Widemarkter berichtet von den böhmischen Bevollmächtigten, welche in Frankfurt an Stelle Ferdinands das Kurrecht ausüben sollten, „sie hofften von den 30 ungar. Gespannschaften 24 auf ihre Seite zu bringen“. Dass freilich gerade die 24 Gespann-



noch hinzufügen, dass sie nicht früher anzusetzen sein wird, als die zwei vorhergehenden. Ob sie aber der Zeit nach mit ihnen zusammen, oder einige Tage später fällt, ist nicht auszumachen.

Tschernembl meint nun, Bethlen sei „in die Union zu ziehen und umb Hülff anzusuchen“. Er gedenkt dessen Streitkräfte besonders zur Vollendung des Aufstandes in Unterösterreich zu verwenden. Wien muss erobert und Ferdinand, sowie sein Stellvertreter Erzherzog Leopold gefangen genommen werden. An Stelle des erzherzoglichen Regimentes will dann Tschernembl nach dem Muster der Directorialregierung in Prag einen evangelischen, d. h. reformiert gesinnten <sup>1)</sup> Rath setzen, welcher aus ständischen Mitgliedern beider Erzherzogthümer gebildet wird. Für die dabei zu

---

schaften sich an Bethlen gewendet haben, wird nicht gemeldet; immerhin gewährt aber Widemarkters Schreiben einen Einblick in den Umfang der böhmischen Agitation. Ihr Ziel erfahren wir erst aus der Nachricht bei Gindely: II, 260, dass nämlich in Folge der Bearbeitung des Pressburger Reichstages durch die böhmischen Gesandten die prot. ungar. Stände Bethlen in die allgemeine Aufstandsbewegung der österreichischen Länder hereinzogen. (Die selbständige Politik jedoch, welche Gindely Thurn bei den ersten Verknüpfungen mit Bethlen spielen lässt, lässt sich angesichts der ermittelten Gesandtschaft des Marcus nach Prag an die Directoren nicht aufrecht erhalten.) Somit liegt in dieser Thatsache eine, wiewohl indirecte Bestätigung von Tschernembls Notiz. Gleichfalls stimmt mit seiner Notiz das zweite oben angezogene Zeugniss. Wenn Bethlen den böhm. Directoren mittheilte, dass er im September ihnen mit Truppen zu Hülfe kommen würde, nisi in Hungaria causae morarum (quod nequaquam speramus) nobis objectae fuerint, so setzt der Zusatz doch voraus, dass Bethlen mit einer grossen Zahl von Ungarn im Einverständniss gestanden hat. Von dem Angebot der Krone hören wir nirgends bis zur Erhebung Bethlens zum princeps Hungariae, ausgestattet mit der vollen königlichen Gewalt (8. Januar 1620).

1) Denn Tschernembl bezeichnet als dessen Aufgabe: „nach und nach alles (zu) reformiern“ (n. 5).



leistenden Dienste soll endlich Bethlen Hoffnung auf die böhmische Krone gemacht werden. Dass freilich diese Hoffnung sich verwirklichen sollte, scheint nicht in Tschernembls Wünschen gelegen zu haben, denn mit deutlicher Absicht verzeichnet er in der folgenden Consultation 12, n. 17 die Erklärung des Marcus gegen Ruppa: „er Sibenbürger beger nicht Böhmen, sondern Ungern, er wölle gnug haben, dass die Böhmen und benachbarten seine Freund bestendig seyen“.

Wie also die Candidatur Bethlens von Tschernembl nicht gebilligt zu werden scheint, so ersehen wir aus cons. 12, dass auch die früher behandelte savoyische verworfen wird. Er stellt die Gegengründe gegen dieselbe zusammen. Von der Abfassungszeit dieses Stückes kann man nur sagen, dass es vor den 16. August fällt, da Anhalts Wahl zum General noch nicht erfolgt ist <sup>1)</sup>. Der Zeitunterschied kann demnach, wenn cons. 12 und cons. 3 nach den beiden cons. 9 und 6 fallen, welche wir zwischen den 1. bis 15. August angesetzt haben, kein grosser sein. Aehnliches gilt von den beiden folgenden Consultationen 14 und 13, welche die Candidaturen des Kurfürsten von Sachsen und des Königs von Dänemark aufführen, aber mit vielen Gründen zurückweisen. Sie fallen, die erstere nicht später als den 19. August <sup>2)</sup>, die andere nicht später als den 26. August <sup>3)</sup> 1619. Ob sie noch vor den 16. August gehören, ist ungewiss.

Mit Sicherheit können wir den Zeitpunkt nach dem 16. August erst cons. 15 anweisen: eine Datierung, die für

---

1) n. 8: „Wann Anhalt zum General Capo genommen wird“ etc. Dass die Consultation nicht vor August gehalten ist, geht aus n. 26 hervor: „Brederodus schreibt den \*. August hieher“.

2) XIV, n. 6: Sachsen wird „an der Oesterreichischen Regierung wenig gnug reformiern“ und n. 11: „Königs Ferdinands Person ist in Böhmen mit dess von Sachsen Person nit verbessert“. In beiden Rathschlägen erscheint also Ferdinand noch im Besitz des Thrones.

3) Weil Friedrich an diesem Tage zum König von Böhmen gewählt wurde.



sich allein schon bedeutsam ist. Während nämlich in den gesammten, bisher besprochenen Consultationen alle Candidaturen ausser der des Fürsten von Anhalt bekämpft werden und während in denjenigen Consultationen, die mit Sicherheit in die Zeit vor dem 16. August 1619 fallen, d. h. in einen von der Wahl um mindestens 10 Tage entfernten Zeitraum, die pfälzische Candidatur gar nicht berücksichtigt wird, tritt dieselbe jetzt, in einer Periode, wo man hart vor der Wahl steht, plötzlich auf und wird befürwortet. Der Zeitpunkt der Consultation wird bestimmt durch die Angaben in n. 1<sup>1)</sup> und n. 19<sup>2)</sup>, welche frühestens auf den 18. August weisen, an welchem Tage<sup>3)</sup> Achaz von Dohna von seiner Besprechung mit dem Pfalzgrafen in Amberg wieder nach Prag zurückgekehrt war<sup>4)</sup>. Sollte man hiernach

---

1) „Weil er (Friedrich V von der Pfalz) sich gegen Dona in gehaimb entdeckt, dass er auff vorgehende Vocation sich darumb annehmen wolt, mit raht dess Königs von Engelland. Und zwar nicht per ambitionem, sonder auss affection gegen Böhem und gemainen Wesens“.

2) „Er wils nit annehmen. Resp. hat sich schon erklärt, er wölls Salutis publicae causa thun, non per ambitionem.“

3) Gindely: II, 214.

4) Die in n. 1 und n. 19 enthaltenen Notizen decken sich genau mit zwei Stellen aus den Schreiben Dohnas an Anhalt vom 21. und 22. August (Anhaltsche Kanzlei S. 92—95), in welchen er den Eindruck schildert, den die Mittheilung der jüngsten (mündlichen) Erklärungen des Pfalzgrafen an ihn auf die Häupter der böhmischen Revolution gemacht hat. „Er von Dona hab den confidenten die declaration dess Pfaltzgraffens repraesentirt, die lassen ihnen solche declaration gar wohl gefallen, weilen aber die völlig und endtliche resolution sich verweilt, sey ihme bey der sachen bang und bitte zum allerhöchsten, dass man damit eylen soll. Er Dona sehe, dass über auss schwer, imo unmöglich fallen werde, länger dilation zu erhalten, sondern so baldt der Generalschluss gemacht, werde man mit der Wahl verfahren, wie wol die witzigsten noch nicht entschlossen, wohin sie sich wenden solten, im fall der Pfaltzgraff die Wahl nicht



nicht annehmen, dass Tschernembl die pfälzische Bewerbung mit wenig Vorliebe betrachtete und lieber den Fürsten Christian von Anhalt erst zum General, dann zum König erhoben gesehen hätte?

Von den Vorverhandlungen über die böhmische Königswahl führt uns cons. 16 mitten in den Wahlact hinein. Sie ist geschrieben, nachdem <sup>1)</sup> die böhmischen Stände am 26. August den Kurfürsten von der Pfalz zu ihrem König gewählt hatten und bevor die Stände der Nebenlande dieser Wahl am 27. August beigetreten waren <sup>2)</sup>. Den Hauptinhalt der Consultation bilden Gründe für die Annahme der Wahl. Charakteristisch ist dabei besonders eine Erwägung bezüglich der Religion. In n. 13 heisst es: „Ihr Churfürstl. Gn. kan Göttlichs mittel sein, die Evangelische Religion fortzupflanzen und zu reformiern“. Unter den böhmischen Ständen durfte Tschernembl den Gedanken, dass der Pfalzgraf den Calvinismus in Böhmen einführen sollte, gewiss nicht aussprechen. Hier liegt also wieder ein Beweis vor, dass die Consultationen nichts weniger als Protocolle vorgegangener Berathungen, sondern private Aufzeichnungen Tschernembls zum eignen Gebrauche sind. In diesem Falle können wir vielleicht den Gebrauch näher feststellen. Wir wissen nämlich, dass Tschern-

---

acceptierte“. „Er Dona köns mit Worten nicht genugsamb aussprechen, wie sich die affectiones gegen dem Pfaltzgraffen erhitzigen und vermehren: Darvor hab es unterschiedliche meinungen abgeben wegen dessen, so man vor N (Sachsen) sollicitirt: Und dass etliche persuadiert gewesen, dass der Pfaltzgraff sich nit gern imbarquieren werde, so baldt aber er Dona dasjenige, was vom Pfaltzgraffen befelcht gewesen, etlichen wenigen confidenten entdeckt, hab sich alles geändert und sey ein wunder, wie sich alles bewege“.

1) n. 4: „Ist die maist Stimm auff Chur Pfaltz gangen, unangesehen die maisten Lutherisch im Herrenstandt seind, dess Sachsen Stimmen nur 6, im Ritterstandt nur ainer, in Stätten keine gewesen, da doch die Ständ in anzahl.“

2) Denn Tschernembl kennt das Ergebniss dieser Wahl noch nicht.



nembl unmittelbar nach der Wahl ein Schreiben an den Pfalzgrafen richtete, in dem er ihn „mit vielen Motiven“ zur Annahme der Wahl ermahnt habe<sup>1)</sup>. Muss man bei diesem Zusammentreffen nicht zu dem Schluss kommen, dass cons. 16 der Entwurf zu dem betreffenden Schreiben ist?

Fassen wir die cons. 12, 14, 13, 15, 16 nochmals zusammen, so ergibt sich, dass Tschernembl in den Tagen der böhmischen Wahl durchaus auf Seiten der von Rupp geleiteten pfälzischen Partei stand<sup>2)</sup>. Durch sie wird er die in cons. 15 mitgetheilten geheimen Zusagen des Kurfürsten von der Pfalz erfahren haben und in ihrem Sinne handelt er, wenn er die Candidaturen Savoyens, Sachsens und Dänemarks bekämpft. Ausschlaggebend bei dieser Bekämpfung ist ihm je ein persönliches und ein sachliches Motiv: die Furcht vor der Unterdrückung des calvinischen Glaubensbekenntnisses, zu dessen Anhängern auch die böhmische Brüderunität gezählt wurde<sup>3)</sup>, und die Sorge vor dem „absoluto imperio“. Von dem Pfalzgrafen glaubte Tschernembl diese Besorgnisse nicht hegen zu dürfen. Dieser hatte, worauf Tschernembl besonderen Nachdruck legte, vor den anderen Fürsten, ausser Savoyen<sup>4)</sup>, noch den wesentlichen Vortheil voraus, dass er bereits eine feste Zusage bezüglich der Annahme der eventuell auf ihn fallenden Wahl abgegeben hatte. Mithin waren die Böhmen durch seine Erhebung auf den

1) Moser: Patriot. Archiv Bd. VII S. 43 des „Geheimen Berichtes“. Anhaltsche Kanzlei S. 104.

2) Vgl. Gindely: Sitzungsberichte der k. Akad. d. Wissensch. zu Wien, Bd. 31 S. 58—60 (Ueber die Vorgänge bei der Absetzung Ferdinands II. als Königs von Böhmen und bei der Wahl Friedrichs V von der Pfalz).

3) Welcher Rupp angehörte (Gindely: a. a. O. S. 32).

4) Cons. XII n. 18: (Savoyen) „Waist noch von denen conditionen, die sehr schwer seind, nichts. Resp. Er hats alles von Anhalt vernommen und darauff gemelt, er wölle alle conditiones eingehen.“



Thron für immer der Gefahr entrückt, dass sie später wieder unter ungünstigen Bedingungen unter die Herrschaft Ferdinands zurückkehren mussten, wie sie die Erwählung Sachsens mit sich gebracht hätte<sup>1)</sup>.)

Wir gehen über zu den cons. 7, 18, 5, welche im Zusammenhang mit der Wahl Friedrichs stehen, obgleich sie zeitlich weit davon entfernt liegen. Ihr Inhalt versetzt uns an den Prager Generallandtag des Jahres 1620 (25. März bis 11. Mai)<sup>2)</sup>, an welchem Tschernembl gleichfalls als Gesandter der evangelischen oberösterreichischen Stände theilnahm<sup>3)</sup>. Bestimmt nachweisen lässt er sich in Prag nur für den 25. April<sup>4)</sup>.

Die Consultationen beschäftigen sich besonders mit zwei Angelegenheiten. In cons. 18 sucht Tschernembl die neue Herrschaft Friedrichs zu consolidiren, indem er die Wahl seines ältesten Sohnes Friedrich Heinrich zum Nachfolger empfiehlt. Die beiden anderen Consultationen handeln von Kriegsplänen und den Mitteln zu einer energischen Kriegführung.

Was die Abfassungszeit der Consultationen betrifft, ist Folgendes zu bemerken: cons. 7 ist aufgezeichnet nach dem 17. März<sup>5)</sup>, weil Tschernembl schon die Absicht Bethlens,

1) Cons. XIV n. 18; „Sachsen wirdt ehe zun Bäpstischen schlagen, und schwere conditiones im Frieden rathen.“

2) Khevenhüller: IX, 994.

3) Histor. polit. Blätter für das kath. Deutschland Bd. IV S. 18 (Ferdinand II. im Kampfe gegen die prot. Stände Oberösterreichs).

4) Er unterzeichnete hier das bestätigte Pressburger Bündniss (Firnhaber: Sitzungsberichte d. k. Akad. d. Wissensch. zu Wien, Bd. 34 S. 227).

5) n. 2: „Ungern müssen zeitlich in Steyr, Kernten, Crain fallen, . . Windisch L. und Crabaten zur Cron Ungern bringen, dahin es gehört.“ Wollte man dagegen einwenden, dass Tschernembl diesen Vorschlag auch schon 1619 hätte niederschreiben können, so steht dem n. 8 entgegen: „Tyrol muss man in allweg zu schaffen machen,



den Waffenstillstand mit Ferdinand zu brechen, und vor Ende April, weil er noch nicht den thatsächlichen Bruch kannte <sup>1)</sup>. In denselben Zeitraum, 21. März <sup>2)</sup> bis 30. April <sup>3)</sup>, fällt cons. 18. In cons. 5 haben wir zwei Theile, n. 1—13 und n. 14—31, zu unterscheiden, von denen der erste frühestens im September 1620 <sup>4)</sup>, der zweite nach dem 1. Februar 1620 <sup>5)</sup>, wahrscheinlich im April bis spätestens 11. Mai <sup>6)</sup> aufgesetzt ist. Tschernembl beruft sich nämlich auf einen vorhandenen Entwurf über die Beschaffung der nöthigen Geldmittel zur Kriegführung, an welchem er eine Aenderung vorgenommen wissen will <sup>7)</sup>. Dieser war aber jedenfalls nicht

---

wo nicht einnehmen, sonst möchte auss Italia continuirende hülffen kommen.“ Wir wissen, dass im Dec. 1619 die ersten italienischen Truppen über Innsbruck in Passau eintrafen (Gindely: II, 368).

1) Beide Daten, der 17. März und Ende April, sind entnommen aus Gindely: II, 360 und III, 121.

2) n. 3: „durch diese designation aber wird die Hoffnung aufgehoben, unnd Sachsen und Bayern villeicht auff andere mitl gehn, als per vim die composition suchen“, wie auch der Kaiser und „alle die auff derselben seyten“. (Beschluss des Conventes zu Mühlhausen).

3) Dem Wahltag des Designatus (Khevenhüller: IX, 992; Gindely: III, 114 gibt den 29. April an).

4) n. 12: „Passaw, Saltzburg, Alt Oetingen . . . gehören zum Bayrischen Craiss, unnd haben ihr contribution zum Bayrischen Volck gegeben, so in Böhem zogen“.

5) Tschernembl will bei den reichsten Adligen „auff dissmaal“ eine Zwangsanleihe machen, darunter bei „Herr Rudolff von Stubenberg Erben“ (n. 28). R. von Stubenberg war am 1. Februar 1620 (Gindely: II, 325) unter den Trümmern des Schlosses Gitschin begraben (Khevenhüller: IX, 967).

6) Schluss des Landtages. Die beschlossenen Artikel bei Londorp: II, 53.

7) n. 19: „Aussleyhen das Gelt im gantzen Landt auf jedes 100 fl.  $\frac{2}{1}$  fl. ins Landthaus zu geben. (Der Anhang ist nicht zu rathen mit dem Ayd.“)

Ein ferneres Zeugnis, dass Tschernembl ein Entwurf vorge-



früher vorhanden, als die diesbezüglichen Berathungen im April <sup>1)</sup> begonnen hatten.

Aus den in den drei Consultationen enthaltenen Vorschlägen genügt es, einen hervorzuheben, der für Tschernembl besonders charakteristisch ist und von ihm bereits in der oben besprochenen cons. 6 n. 10 vorgetragen wurde. Er betrifft die Aufhebung der Leibeigenschaft in Böhmen. Tschernembl sagt (n. 4): „Man publiciere im Landt die Freyheit der Underthonen unnd hebe auff die Leibaigenschafft, so wirdt sich gross Gelt, so bissher vergraben und verborgen, finden; der gemaine Mann wirdt willig sein zur darleg, für sein Vaterlandt Streitten. Ist auch Christlich und löblich dess Kayzers intention, auch der Churfürsten anschlag fürkommen, der auff solche publicierung geht <sup>2)</sup>, unnd grossen abfall geben möchte bey der schwirigen Gemaine. Die Underthonen habens mit ihrem aussgestandnen Schaden wol verdient, dass man ihnen ein solche contra thue.“

### §. 3. Conss. 11, 33.

Wir fanden Tschernembl in den im vorigen § behandelten Consultationen erst im Juli und August 1619 ganz mit den revolutionären Vorgängen in Prag und dann im April und Mai 1620 wieder mit den Verhandlungen des Prager Generallandtages beschäftigt. Die beiden nächsten Consulta-

---

legen hat, gibt noch n. 14: „Dreyfache Stewr und contribution, so man durch etc“. Dass man aus dieser abgerissenen Notiz nicht etwa auf ein Protokoll schliessen darf, darauf führen die nachher in n. 20 bis 25 sorgfältig zusammengestellten Gründe für Einführung der Münzverschlechterung.

1) Gindely: III, 111.

2) Die Behauptung Tschernembls, dass der Kaiser die Aufhebung der Leibeigenschaft verkünden wolle, wurde auch von den aufständischen böhmischen Bauern in der Umgegend von Tabor aufgestellt (Gindely: III, 129).



tionen 11 und 33 führen uns nunmehr plötzlich auf einen anderen Schauplatz. Sie handeln über die Angelegenheiten der oberösterreichischen Stände und zwar die erstere über die Bedingungen, unter denen dem Kaiser Ferdinand die Huldigung zu leisten wäre, die andere über die Ausstossung der Prälaten aus den Landständen. Beide Consultationen <sup>1)</sup> fallen vor Ablauf des Jahres 1619 und nach der Wahl Ferdinands zum Kaiser.

Nun wissen wir, dass Tschernembl in der ersten Hälfte des Monats Nov. sich in Linz befand <sup>2)</sup>, ferner, dass hier vom 28. October <sup>3)</sup> ab ein oberösterreichischer Landtag tagte, welcher

---

1) Cons. 11 n. 17: (Ferdinand) „Mache Frid mit Böhem, Ungern und allen Confoederirten Landen“. Ungarn ist also bereits in offener Empörung und wir befinden uns daher zum Mindesten im September 1619. Der Endpunkt der Aufzeichnung von cons. 11 wird durch den von cons. 33 gegeben, deren Abfassungszeit zwischen dem 6. Nov. und 31. Dec. 1619 liegt. Die Weigerung der Prälaten, die Conföderation zu unterzeichnen (n. 10), konnte doch nicht früher stattfinden, als bis die Urkunde am 6. Nov. ihnen zur Unterschrift vorgelegt wurde. („Beiläufige Beschreibung und Relation, was bei Jecziger der Löblichen drei Evangelischen Stendt den 28 Octobris 1619 (bis 15. November) zu Linz gehaltenen Versamblung Tractiert worden“, mitgetheilt von Firnhaber: Sitzungsberichte der k. Akad. d. Wissensch. zu Wien, Bd. 28 S. 430—440.) Vor 1620 aber ist cons. 33 noch gehalten wegen der Bemerkung in n. 15: „Die Gaistlichen haben wider der vier Ständt instruction sich in der Pragerischen Unionshandlung abgsöndert und dardurch das nützlich werck verhindert. a. c.“ Eine Unionshandlung, bei der die oberösterreichischen Stände betheiligt waren, fand 1620 in Prag nicht statt. (Die Behauptung Tschernembls ist eine Verleumdung der Prälaten. Allerdings war im Jahre 1615 auf dem Prager Generallandtage zum Theil durch das Verschulden der Prälaten die Conföderation Oberösterreichs und Böhmens gescheitert (Gindely: I, 113), aber 1619 hatten sie sich von Anfang an von der ständischen Union beider Länder fern gehalten.)

2) Wolf: Geschichtl. Bilder aus Oestreich Bd. I S. 264.

3) „Beiläufige Beschreibung und Relation etc.“. s. Anm. 1.



besonders über die von Ferdinand verlangte Huldigung verhandelte. Nimmt man diese Thatsachen zusammen, so wird man kaum zweifeln, dass beide Consultationen diejenigen Gedanken enthalten, welche Tschernembl bei den Verhandlungen des oberösterreichischen Landtages im November und December 1619 vertrat. Man sieht aus denselben, dass Tschernembl, der in Prag die Erhebung gegen die Herrschaft Ferdinands befördert hatte, ihn in Oestreich ferner annehmen wollte, vorausgesetzt, dass er unter der Form von Huldigungsbedingungen den Landen eine neue Verfassung gewährte. Den Entwurf einer neuen Verfassung der Lande hatte Tschernembl schon in cons. 2 entwickelt, zu einer Zeit, als der Aufstand gegen Ferdinand noch in seinen Anfängen war. Wichtig ist es, zu erfahren, ob und in wiefern er in den jetzt erhobenen Forderungen weiter geht.

Die Verpflichtung des Landesfürsten auf die Bestimmungen der Conföderation hält Tschernembl aufrecht <sup>1)</sup>. Ebenso stellt er wieder seine Ansicht von der Gleichberechtigung und vollen Freiheit der drei Religionsbekenntnisse auf <sup>2)</sup>. Er geht dabei aber nicht von der gegenwärtigen Lage der Dinge, sondern von den religiösen Verhältnissen vor der katholischen Gegenreformation aus <sup>3)</sup>. Von einer weiteren Beschränkung der Katholiken, wie auch von der, welche er in cons. 2 n. 11 und 14 gefordert hatte, sieht er jetzt ab. In Bezug auf die Regierung und Justiz wiederholte er den früheren Anspruch <sup>4)</sup>,

1) n. 4: „Confoederation der Landen ungehindert lassen und darob halten.“

2) n. 1: „Ihr Majestät (d. i. Ferdinand) lassen die Religionen frey in allen Oesterreichischen Landen“. n. 16: „Under dem wort Augspurgischer Confession werden die reformierten Kirchen verstanden, weil sie zu Augspurg auch ihre bekandtnuss übergeben.“

3) n. 11: „Restitution aller Kirchen, so von der reformation ausser recht unnd de facto den unserigen genommen worden“.

4) n. 3: „(Ihr Maj.) Reformieren die Regierung, Justici, und alle Collegia der Räth nach rath der Landtschafft, ohne respect der Religion.“



in gleicher Weise suchte er den Ständen das Recht zu wahren, eine eigne Defension einzurichten <sup>1)</sup>. Ueber die in cons. 2 vorgetragenen Verfassungsbedingungen hinaus gingen nun drei andere Vorschläge. Der erste, welchen Tschernembl aus der angeblichen oberösterreichischen Conföderation entnahm, betraf das Recht der Stände, mit dem Landesherrn zusammen über Krieg und Frieden zu entscheiden <sup>2)</sup>. An zweiter Stelle suchte er den Huldigungsrevers zu ändern <sup>3)</sup>, um den Ständen, im Fall die regierende männliche Linie ausstürbe, die freie Wahl des Landesfürsten zu verschaffen. Schliesslich wollte Tschernembl Ferdinand das Verbot aufzwingen, die fürstlichen Domänen ohne Zustimmung der Stände zu veräussern <sup>4)</sup>. Von den Erträgen derselben soll er die Kriegskosten der Stände und die Entschädigungen Einzelner decken <sup>5)</sup>.

Eine Ergänzung zu dem geschilderten Verfassungsentwurf gibt Tschernembl noch in cons. 33, in der er den Prälaten die Landstandschaft nehmen will. Da die letzteren sich seit dem Tode des Kaisers Matthias gänzlich fern gehalten hatten von den Massregeln der protestantischen Stände, so lief der Antrag Tschernembls im Grunde genommen nur auf eine rechtliche Feststellung des factischen Verhältnisses hinaus.

---

1) n. 6: (Ferdinand) „Mache kein eintrag in die Landt defension.“

2) n. 9: „Ihr Majestät wollen kein Krieg ohne rath der Landt fürnehmen, noch mit Kriegsvolck sie beschweren, es sey gleich Durchzug, Musterplätz, dieser Punkt ist in die Confoederation einkommen.“

3) n. 13: „Die verschreibung oder Huldigungs zusag soll gehen auf sich (Ferdinand) und seine Erben“. n. 15: „Newerlicher revers, juramenten auff die Regierenden Landtfürsten, deren Erben unnd dess hochlöblichen Hauss Oesterreich hinfüro weiter nicht zu gebrauchen, noch den Landtleuten zuzumuthen“.

4) n. 12: „Kein Cammergut ohne wissen und willen der Landtschafft zu veralieniern.“

5) n. 7: „Zahle die Schulden der Landtleut und zuvorderst der Landtschafft von den Cammergüter einkommen.“



Ob der Vorschlag von seinen Standesgenossen angenommen wurde, ist zweifelhaft <sup>1)</sup>).

§. 4. cons. 4, 29, 17, 35.

Die beiden zuletzt betrachteten Consultationen zeigten uns, wie Tschernembl, nachdem in Prag im August 1619 die Revolution vollendet war, sich wieder in Linz einfand und hier auf die Haltung der Stände gegen Ferdinand und die Prälaten einzuwirken suchte. Nach dem Wenigen, was wir aus Gindely: Gesch. des 30jähr. Krieges Bd. III S. 79, 187 und 192 über die nun folgende Wirksamkeit Tschernembls erfahren, sollte man glauben, die Consultationen würden jetzt zu den Beziehungen der oberösterreichischen mit den unterösterreichischen evangelischen Ständen und den Verhandlungen derselben mit Ferdinand über die Huldigungsbedingungen übergehen. Statt dessen ergibt sich aus den 4 Consultationen 4, 29, 17, 35, dass Tschernembl in den ersten Monaten des Jahres 1620 erst seine Thätigkeit von den österreichischen Angelegenheiten wieder den böhmischen Verhältnissen, sodann den österreichischen und böhmischen Dingen gleichmässig zugewendet hat.

---

1) Ich glaube nicht, dass man etwas Bestimmtes nach der einen oder der anderen Seite aus den Bemerkungen Tschernembls in cons. 38 n. 34 u. 35 folgern darf. Er sagt (n. 34): „Warumb wir nit ehe die reformation mit den Pfaffen und andern Cammergütern vorgenommen?“ Darauf in n. 35: „Pfaffen haben ihr Contribution, so sich höher als der Ritterschafft und Stätten contribution verlaufft, ordenlich erlegt, welche doch der Confoederation nach beschehen. Haben ihre 10. und 30. Mann als oft mans begert, geschickt. Haben uns in nichten eingeredet. Haben ihre ursachen, warumb sie der Confoederation, wegen gemeiner gefahr dess Lands nit underschriben angezeigt. Haben sich aller moderation gebraucht, und da und dort wol geduldet, zum Schlegel, Spitäl und an andern orten. Ergo, haben wir sie billig geduldet, weil sonst Bayrn wegen seiner Stifften sich hett der sach angenommen.“



Das erste Stück führt die Gründe aus, weshalb Zierotin, unter Matthias das Haupt der mährischen Stände, dem neuen böhmischen König Friedrich huldigen solle, das zweite empfiehlt dem Kaiser, mit den böhmischen Ständen einen Frieden unter Verzicht auf die böhmische Krone zu schliessen, das dritte beweist, dass der Kurfürst von Sachsen dem Kaiser keine Hülfe leisten dürfe und das vierte rechtfertigt die Nothwendigkeit eines Hülfege suchs der Böhmen an die Türken.

Cons. 4 zerfällt in 2 Theile, von denen der erste (n. 1 bis 58) vor <sup>1)</sup> der Huldigung der mährischen Stände am 6. Februar 1620, der zweite (n. 59–72) nach <sup>2)</sup> derselben abgefasst ist. Es ist gewiss, dass Tschernembl sich zu dem Huldigungslandtage in Brünn begeben hatte <sup>3)</sup>. Wir sehen aus unserer Consultation, dass er in Brünn sich vor Allem bemühte, den die Huldigung verweigernden Herrn von Zierotin für Friedrich V. zu gewinnen. Die Ueberredungsgründe, welche Tschernembl in derselben zusammenstellt, scheinen auf eine vertrauliche Besprechung <sup>4)</sup> berechnet gewesen zu sein:

1) n. 2: „. . . jetzt ist gemainer Landtschafft Huldigung an der Handt. . .“

2) n. 64: „Zerothin widersetzt sich seinem Landtfürsten, denn das Landt hat im gehuldiget und helt ihn (Friedrich) für sein Landtsfürsten.“

3) Tagebuch des jüngeren Anhalt (Aretin: Beiträge zur Gesch. u. Literatur Bd. II, Heft 6 S. 74). Dort heisst es unter dem 6. Febr. 1620: „Il y a aussi icy (Brünn) des Ambrs de la haute Austriche, ass. le B. Fochernement et Kayman . . .“ Augenscheinlich liegt hier ein Schreib- resp. Druckfehler vor. Gemeint sind Tschernembl und Geymann, die beiden Gesandten der oberösterreichischen Stände, welche uns immer in Gemeinschaft begegnen.

4) n. 8: „Zerothin hat mit mir vertrewlich geredt, wie Ferdinand, postea Caesar wegkzubringen, dass Anhaltinus prae Jägerndorff und Churfürst zu succediern, Churfürst sey zu Jung, Jägerndorffer zu geh.“ n. 11: „. . . Da man hett die Ainigkeit der Evangelischen gesehen, hett Matthias desto ehe zum Friden griffen, Fridericus hett sich bedacht, in den Krieg zu mischen“..



abermals ein Beweis, dass die Consultationen rein private Aufzeichnungen sind. Von historischem Interesse ist in cons. 4 die gelegentliche Erwähnung der Unterredungen, welche Tschernembl im November und December 1618<sup>1)</sup> mit Zierotin zu Trebitsch gehalten hatte. Zierotin, so sagt Tschernembl, hatte ihm gegenüber erklärt, dass er vor dem Tode des Matthias sich mit den mährischen Ständen den Böhmen anschliessen wollte, wofern die kurfürstlichen Interpositionsverhandlungen an der Unnachgiebigkeit des Kaisers scheitern würden und dieser die Böhmen mit den Waffen „frembder nationes“ bezwingen würde. Dass Zierotin überhaupt zunächst auf eine gütliche Beilegung des böhmischen Streites rechnete, zeigen die beiden noch übrigen Bedingungen<sup>2)</sup>, von denen er seinen Uebertritt zur böhmischen Sache abhängig machte. Nach dem Tode des Matthias versprach Zierotin, es auf alle Fälle „mit der Landtschafft zu halten“ (n. 7 (1)) und ersah sogar schon den Fürsten Christian von Anhalt zum Candidaten für den böhmischen Thron<sup>3)</sup> (n. 8).

Die folgende Consultation 29, welche dem Kaiser zum Frieden mit Böhmen räth, könnte ebensowohl in der Umgebung Friedrichs V. geschrieben sein, wie die vorausgehende. Indessen anderweitige Angaben lassen hier genauer sehen. Tschernembl hatte sich von Mähren über Horn nach Linz zurückbegeben, wo wir ihn Mitte März 1620 finden<sup>4)</sup>. Da nun in demselben Monat die oberösterreichischen Stände durch eine Gesandtschaft<sup>5)</sup> mit Ferdinand über die Bedingungen der Huldigung weiter verhandelten und ihm zugleich ein Gutachten über Herstellung des Friedens gaben, welches unter

---

1) Gindely: I, 431.

2) n. 7: (5) „Da die Böhem würden underligen“ und: (6) „da Bapisten zu Bapisten sich wurden schlagen.“

3) Vgl. §. 2.

4) Gindely: III, 187.

5) Sie brach am 21. März nach Wien auf. (Historisch-politische Blätter für das kathol. Deutschland, Bd. IV S. 15.)



Anderem die Abtretung der böhmischen Krone an Friedrich enthielt<sup>1)</sup>, so wird die Consultation im Zusammenhang mit diesen Vorgängen niedergeschrieben sein<sup>2)</sup>. Allerdings besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Gutachten der Stände und der Consultation Tschernembls. Während nämlich das erstere an Ferdinand das Ansinnen richtet, sowohl Böhmen, als Ungarn den faktischen Inhabern zu überlassen, verlangt Tschernembl allein Verzicht auf die böhmische Krone. Erst für den Fall, dass Ferdinand nicht darauf eingeht, stellt er ihm den möglichen Verlust Ungarns (aller österreichischen Länder und der Kaiserwürde) in Aussicht.

cons. 17, in welcher Tschernembl den Kurfürsten von Sachsen vom Kampfe gegen Böhmen abzumahnen sucht, könnte dem Inhalte nach ebenfalls am Hofe Friedrichs abgefasst sein. Allein, da wir wissen, dass zu Anfang des Monats April die Stände von Ober- und Unterösterreich eine besondere Gesandtschaft an den Kurfürsten von Sachsen abfertigten<sup>3)</sup>, so wird die Aufzeichnung im Hinblick auf diese Sendung gemacht sein. Sie fällt nach dem 24. März 1620<sup>4)</sup>. Wenn Gindely andeutet<sup>5)</sup>, dass man in Oestreich daran dachte,

---

1) Gindely: III, 188 u. 189.

2) Zur Datierung der Consultation können wir nur sagen, dass der 16. Januar 1620, wo Ferdinand mit Bethlen einen Waffenstillstand abgeschlossen hatte, schon vorüber ist. (n. 16: „[Ihr Maj. Ferdinand II.] verursachen gefahr, einfall, verderbung seiner Steyrischen Landen.“ n. 17: „Wagen alle Oesterreichische Landt, Ungern, die Kayserlich dignitet, als das mehrer in reputation und nutz, an das weniger, als Böhem und derselben incorporierten Landen“).

3) Gindely: III, 211.

4) n. 7: „Chur Sachsen macht den Friden schwerer, dass er sich zum Kayser schlegt, dann er ohne das obstinat, und seyther weder inducias, noch den Friden annehmen will; vide die resolution gegen under Oesterreich. Evangelischen Ständen.“ Die betreffende Resolution, vom 24. März 1620 datiert, steht bei Khevenhüller: IX, 1036.

5) (Gesch. des 30jähr. Krieges) III, 211.



den Kurfürsten von Sachsen zum Schutzherrn anzunehmen, so findet seine Nachricht in dem Inhalt der Consultation keine Stütze.

Zu einer ungleich wichtigeren Anknüpfung als derjenigen mit Sachsen, führt uns endlich die letzte der vier Consultationen. Zur Erklärung derselben dienen folgende Thatsachen. Der Artikel 7 des Pressburger Bündnisses<sup>1)</sup> vom 15. Januar 1620 enthielt die Bestimmung, dass von allen conföderirten Ländern eine Gesandtschaft an die Pforte ausgerüstet werden sollte. Zeit und Ort der Abreise der Gesandten wurden auf den 25. April in Kaschau festgesetzt<sup>2)</sup>. Die oberösterreichischen Stände beschlossen denn auch im April 1620<sup>3)</sup> in Linz ihre Betheiligung an der Gesandtschaft und ihren Kosten. Offenbar im Hinblick hierauf ist die Consultation geschrieben<sup>4)</sup>. Wichtig darin ist n. 15: „Kayser hat erstlich lassen mit ihm (Sultan) umb hülff handeln und hat ihm fünff Vestung in Ungern angeboten, wie mir König Bethlehem selbst gesagt.“ Aus diesen Worten zu schliessen, hat also Tschernembl persönlich mit Bethlen gesprochen, was doch wohl nur in Pressburg geschehen sein kann, wohin Tschernembl als oberösterreichischer Stände-Deputirter zum Abschluss des Bündnisses vom 15. Januar 1620 geschickt worden war<sup>5)</sup>.

---

1) Firnhaber: Aktenstücke zur Aufhellung der ungar. Geschichte (Sitzungsberichte der k. Akad. d. Wiss., Bd. 28 S. 453—464).

2) Proposition Friedrichs an den Generallandtag in Prag, 27. März 1620 (Khevenhüller IX, 975).

3) Gindely: III, 179.

4) Wie bei cons. 29 ist es auch hier unmöglich eine nähere Zeitbestimmung anzugeben. Es folgt aus n. 15 nur, dass der 8. Januar 1620 schon vorüber ist, an welchem Tage Bethlen zum „rex vel princeps Hungariae“ erwählt wurde.

5) Histor. polit. Blätter Bd. IV, S. 17.



§. 5. conss. 8, 9<sup>b</sup>, 10, 37, 34.

Fanden wir in den vorigen vier Aufzeichnungen den Herrn von Tschernembl bald mit den Angelegenheiten des Königs Friedrich, bald mit denen der oberösterreichischen Stände beschäftigt, so nehmen die folgenden ihren Standpunkt rein in den beiden Erzherzogthümern Oestreich. Die secessionirenden Stände von Unterösterreich hatten Ende März 1620 ihren Versammlungsort von Horn nach Retz verlegt <sup>1)</sup>. Hier fand sich in der zweiten Hälfte des Monats Juni Tschernembl als Gesandter der oberösterreichischen Stände ein <sup>2)</sup>. Am 7. Juli hatte er sich von dort in das Kriegslager des Fürsten von Anhalt zwischen Znaim und Eggenburg begeben <sup>3)</sup>. Wo er sich dann bis zum 31. Juli aufhielt, ist unbestimmt <sup>4)</sup>. An diesem Tage <sup>5)</sup> finden wir ihn wieder in Retz bei den unterösterreichischen evangelischen Ständen.

In die Zeit seines Aufenthaltes in Retz fallen die Consultationen 8, 9<sup>b</sup>, 10. Gleich die erste zeigt uns, dass Tschernembl einen verhängnissvollen Schritt gethan hat. Bisher hatte er wohl die Absetzung Ferdinands als Königs von Böhmen gebilligt, aber an den Sturz seiner Regierung in Oestreich hatte er noch nicht gedacht. Jetzt stellt Tschernembl die Gründe zusammen, weshalb auch ein Erbland, wie Oestreich, seinen Landesfürsten absetzen dürfe. Verursacht wurde dieser Gesinnungswechsel, wie sich in den drei Consultationen deutlich ausgeprägt findet, durch das kaiser-

---

1) Gindely: III, 199.

2) Gindely: III, 211.

3) Tagebuch des jüngeren Anhalt (Aretin: Beiträge Bd. III, Heft 7 S. 111).

4) Gindely: III, 241 lässt Tschernembl von Retz nach Prag geschickt werden, wo er ihn noch am 27. Juli verweilen lässt. (S. 241 Anm. 1: Tschernembl an Ungnad, d. d. 27. Juli, Prag). An einer anderen Stelle (S. 226) widerspricht er aber, indem er sagt, dass Tschernembl Ende Juli in Retz war.

5) Wolf, Geschichtl. Bilder aus Oestreich Bd. I S. 295.



liche Ultimatum <sup>1)</sup> an die evangelischen unterösterreichischen Stände, welches am 28. Mai erlassen wurde. Ferdinand hatte darin von den Ständen gefordert, von der Conföderation, welche sie mit den anderen Ländern geschlossen hätten, zurückzutreten und ihm die erfolgte Verzichtleistung auf die eingegangenen Verpflichtungen anzuzeigen. Dann erst wolle er weiter mit ihnen über die Huldigung verhandeln. Als diese Resolution darauf in Retz vom 20. bis 22. Juni <sup>2)</sup> erwogen wurde, kam man, soweit unsere Kenntniss reicht, zum ersten Male ernstlich auf den Gedanken, Ferdinand abzusetzen. Es wurde nämlich der Antrag gestellt, man solle den König von Böhmen zum Schutzherrn Oesterreichs annehmen <sup>3)</sup>.

Mit den erwähnten Berathungen vom 20. bis 22. Juni hängt cons. 8 zusammen. Sie fällt nach dem 28. Mai, denn Tschernembl kennt bereits das Ultimatum Ferdinands <sup>4)</sup>. Es genügt, aus ihr zwei für Tschernembl durchaus bezeichnende Stellen hervorzuheben, in welchen er seine Ansicht von dem Verhältniss der Landstände zu ihrem Landesfürsten niederlegt. Sie lauten (n. 3): „Ein Landt macht sich selbst zum Erblandt umb seines aignen respects willen unnd obwol Gott Länder aussthailet, thut er doch solches nur durch das Volck dess Landts und wie es ihme gefelt“. (n. 4): „Wer nun den Erbherrn macht, der kan auch den Erbherrn rejiciren, so er dess gemainen respects wegen nit acht hat“. Vertritt Tschernembl sonach nicht dieselben Ideen, welche in dem niederländischen Aufstand durchgeführt waren?

---

1) Khevenhüller: IX, 1055.

2) Wolf: I, 288.

3) Am 1. August wurde Friedrich in der That dazu erwählt. (Wolf: I, 295).

4) n. 6: „Wann ein Herr kein hoffnung gibt einer verbesserung, wie sie dann thun, und anstatt der Landt rath uns den rath gibt, wir sollen renunciern der Confoederation, sollen unser Volck zu ihr Majestät stossen und die Böhem auss dem Landt schlagen.“



Von jener Zeit ab wich Tschernembl nicht wieder von dem Ziel ab, auf jede Weise den Bruch der Stände mit Ferdinand herbeizuführen. Dieser Gedanke leitet ihn sowohl in cons. 9<sup>b</sup>, als in 10. Die erstere ist vor der Huldigung der Wiener Stände vom 13. Juli <sup>1)</sup>, die zweite nach dem 13. Juli <sup>2)</sup> verfasst, jedenfalls im Hinblick auf die Entscheidungen, welche die Retzer Stände Ende Juli über ihr weiteres Verhalten gegenüber Ferdinand treffen mussten <sup>3)</sup>. Eine Bereicherung unserer historischen Kenntnisse oder der Charakteristik Tschernembls ist in den in beiden Consultationen gesammelten Gründen nicht enthalten.

Wie Tschernembl die in Retz anwesenden unterösterreichischen Stände von der Unterwerfung unter Ferdinand abzuhalten versuchte, so war er in gleicher Weise bemüht, seine Mitstände in Oberösterreich zum thatkräftigen Widerstande gegen Maximilian von Baiern zu bewegen, welcher von Ferdinand mit der Aufnahme der Huldigung beauftragt worden war. Dieser überschritt am 24. Juli <sup>4)</sup> 1620 die Grenzen Oberösterreichs und zwang am 20. August <sup>5)</sup> in Linz die Stände zur Unterwerfung.

Tschernembl scheint von Retz aus, wo wir ihn Ende Juli fanden, nicht mehr nach Oberösterreich geeilt zu sein, da er schon am 13. August bei Anhalt in Eggenburg eintraf <sup>6)</sup>.

---

1) Weil Tschernembl dieselbe noch nicht kennt.

2) n. 7: „Man hett zuvor nicht dörffen arma in die Hand nemen, da man hett ohn Condition zu Wien huldigen wollen“ und „Ist durchauss keine erleuterung der Capitulation begert worden von den Wienerischen Ständen. Der Confoederation ist wider den Ayd nie in der Huldigung gedacht worden von den Ständen.“

3) Ferdinand hatte an die Retzer Stände ein Patent erlassen (Khevenhüller: IX, 1065), welches ihnen eine vierzehntägige Gnadenfrist gewährte, binnen welcher sie zur nachträglichen Leistung der Huldigung aufgefordert wurden.

4) Khevenhüller: IX, 905.

5) a. a. O. IX, 920.

6) Tagebuch des jüngeren Anhalt (Aretin: Beiträge, Bd. III Heft 8 S. 71).



Es ist daher wahrscheinlich, dass er auch die beiden letzten von uns zu betrachtenden Consultationen 37 und 34 in Retz geschrieben hat. Ist diese Annahme richtig, so dürfen wir als Endpunkt für die Datierung von cons. 37 nicht unbedingt den 24. Juli, der aus n. 1 <sup>1)</sup> folgen würde, bezeichnen, sondern erst den Tag, an welchem in Retz die Nachricht von dem Einbruch Maximilians in Oberösterreich eingelaufen war. Bezüglich der Abfassungszeit von cons. 34 sind wir nur allgemein nach dem 20. Juli gewiesen, weil Tschernembl es unternimmt, den oberösterreichischen Ständen nachzuweisen: „Dass der Kayser die zween Parten wolbedechtige, beaydigt Confoederation ex plenitudine potestatis nit kan aufheben“, wie Ferdinand es in der sog. „Commissionsresolution“ <sup>2)</sup> gethan hatte.

Von Bedeutung ist in den Consultationen die Bezugnahme Tschernembls auf eine uns anderweitig nicht bekannte Resolution Ferdinands. Tschernembl schreibt cons. 37, n. 15: „Alles, was uns von Bapstischen Fürsten zugesagt wird, wird uns nit gehalten. Welches Ferdinand in seiner resolution an die Ständt lauter sagt, dass er resolviert, seinem Land das Exercitium Religionis nit zu verstatten, auss ursach, dass die Eyangelische Religion nur anlaitung gibt zur Rebellion“ <sup>3)</sup>.

---

1) „Denn es (Oberösterreich) hat sich an denen Passen überall zu wöhren, dass Bayrn nit herein kan.“

2) Khevenhüller: IX, 901. Die Resolution ist datiert vom 30. Juni 1620; am 20. Juli theilte Maximilian sie den Ständen mit (Hurter: Gesch. Ferdinands II, Bd. VIII S. 501).

3) Als Beleg dafür, dass der Kaiser eine derartige Absicht gefasst hatte, mag hier folgende Stelle aus einem Schreiben Ferdinands an Maximilian vom 1. August 1620 stehen (Gindely: III, 243): Maximilian wird aufgefordert: „Die Prädicanten sammt der verdammten Kezzerei aus Oberösterreich abzuschaffen, da er es bei diesem erwünschten Stande der Dinge vor Gott nicht verantworten könnte, wenn den Ständen ihre abscheuliche Ketzerei, durch welche der gemeine Mann allein wider ihn verhetzt worden sei, weiters zugelassen würde“.



Vergegenwärtigen wir uns am Schluss der Darstellung nochmals kurz an der Hand der Consultationen die Thätigkeit Tschernembls in den Jahren 1619 und 1620. Nach dem Tode des Kaisers Matthias fanden wir ihn in Linz, wo er für den Anschluss an die böhmischen Stände wirkte. Im Juli und August 1619 nahm er als Gesandter seiner evangelischen Mitstände in Prag an der Vollendung des böhmischen Aufstandes Theil. Im November und December 1619 beschäftigte sich Tschernembl lediglich mit den Angelegenheiten seines Heimathlandes. Zum 15. Januar 1620 wurde er nach Pressburg geschickt, um dort mit den ungarischen Ständen ein Bündniss abzuschliessen. Am 6. Februar treffen wir ihn in Brünn, Mitte März bis Anfang April wieder in Linz, seine Aufmerksamkeit sowohl den österreichischen, als den böhmischen Dingen zuwendend. Im April und Mai vertrat er sodann die oberösterreichischen Stände auf dem zweiten Prager Generallandtage. Von Mitte Juni bis Anfang August 1620 endlich verweilte Tschernembl in Oestreich, zumeist bei den evangelischen unterösterreichischen Ständen in Retz.

---



## V i t a.

---

Geboren wurde ich Otto Heinrich Ernst Mittag, evangelischer Confession, am 10. Juni 1860 zu Sülldorf, Regierungsbezirk Magdeburg. Meine noch lebenden Eltern sind der Domänenpächter Heinrich Mittag und Auguste, geb. Wöhlbier zu Ummendorf. Den ersten Unterricht genoss ich in der Elementarschule meines Geburtsortes. Herbst 1869 wurde ich Schüler der Realschule I. Ord. in Magdeburg. Dieselbe verliess ich mit dem Zeugniss der Reife im Herbst 1876. Die Zwischenzeit bis zum October 1877, wo ich mich auf der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn immatriculiren liess, verbrachte ich bei meinen Eltern, welche ihren Wohnsitz mittlerweile nach Uhrsleben verlegt hatten. Während der sämmtlichen neun Semester meiner Studienzeit blieb ich in Bonn, unter ihnen verwendete ich acht vorzugsweise auf das Studium der Geschichte. Am 17. Januar 1882 bestand ich das examen rigorosum.

Ich hörte die Vorlesungen der Herren Professoren: Bischoff, Delius, Förster, Haelschner, Maurenbrecher, Menzel, Meyer, Nasse, Neuhaeuser, Ritter, Schaefer. Fünf Semester nahm ich Theil an den Uebungen des historischen Seminars der Herren Professoren Maurenbrecher, Menzel, Ritter.

Allen diesen hochverehrten Lehrern meinen besten Dank; insbesondere fühle ich mich Herrn Professor Dr. Ritter verpflichtet für die vielfachen Anleitungen, welche er mir bei Anfertigung der vorliegenden Arbeit gab.

---



## T h e s e n.

---

1. Bei der Theilung des numidischen Reiches wurde Adherbal besser bedacht, als Jugurtha.

2. Die Sachsen waren verpflichtet, zu dem Burgenbau Kaiser Heinrichs IV. Frohndienste zu leisten.

3. Welf kannte bei seiner Verheirathung mit Mathilde noch nicht die Schenkung derselben an den römischen Stuhl.

4. Die Anschuldigung des Hochverrathes, welchen Giesebrecht: Geschichte der deutschen Kaiserzeit Bd. III. S. 286 die königlichen Gesandten an Heinrich IV. bei Gelegenheit der Gerstunger Verhandlungen begehen lässt, ist nicht zu halten.

5. Die Annahme Tschackerts (Brieger: Zeitschrift für Kirchengeschichte Bd. I. S. 450), dass der Cardinal Ailly der Verfasser der „capita agendorum“ sei, entbehrt der Begründung.

6. Ferdinand II. war berechtigt, Friedrich V. von der Pfalz in die Acht zu erklären.

---

### Opponenten:

J. Brungs, Gymnasiallehrer.

H. Eiler, Referendar.

J. Klapperich, Dr. phil.

---











Mittag, Ernst

Beiträge zur Geschichte Oestreichs während der ersten Jahre des dreissigjäh-  
rigen Krieges

1882

Austr. 3172

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11555662-0